

DB_044

TV+Audio_Archiv

Inhalte ab 01.07.2018 bis

170608/ = Audio:

z.M = Messen mit zweierlei Maß

-info

(bF) = böser Finger

(tP) = tricky Person

Tr.	DB_044	Aufn.
Xx001	<p>01/07/18/dlf-Essay+Diskurs Grosse Reden es gilt das gesprochene Wort Rhetorik als Kunst Historische Reden von Frauen Von Paul Stänner <i>sehr wichtig!</i></p> <p>Die Rhetorik wird seit der Antike als männliche Kunst wahrgenommen. Im Bundestag haben auch Frauen mit großen historischen Reden Gehör gefunden, müssen sich aber auch heute noch mit einem männlichen Rednerideal auseinandersetzen.</p> <p>Man(n) glaubt es vielleicht nicht, aber es gibt sie doch, die großen historischen Worte von Frauen, gerichtet an die Gemeinschaft, den Staat, die Herrschaft. Worte, die überzeugen, die zur Tat aufrufen, die unvergessen sind.</p> <p>"Und nun - verurteilen Sie mich!" sprach Rosa Luxemburg, angeklagt wegen Volksverhetzung, weil sie sich gegen die allgemeine Kriegseuphorie 1914 gewandt hatte. "Genossen, eure Veranstaltungen sind unerträglich!" schleuderte Helke Sander anno '68 dem ganzen männlich bornierten SDS entgegen und Waltraud Schoppe sah sich einem tobenden Bundestag gegenüber, als sie es wagte, von Vergewaltigung in der Ehe zu sprechen. Die berühmtesten Reden von Frauen aus der deutschen Geschichte beweisen, dass die traditionell männlich konnotierte Redekunst längst von Frauen erobert wurde.</p> <p>Wir präsentieren einen Rückblick auf eine Debatte um Frauenrechte und den Paragraphen 218 - mit Worten von Frauen, gerichtet an Männer, an die Gemeinschaft, den Staat. Die grüne Abgeordnete Waltraud Schoppe hielt am 5. Mai 1983 eine legendäre Rede und sah sich einem tobenden Bundestag gegenüber, als sie es wagte, von Vergewaltigung in der Ehe zu sprechen. Paul Stanners Essay ist ein Auszug aus der "Langen Nacht der historischen Reden" aus dem Jahr 2011. Redaktion Monika Künzel.</p>	28:31
Xx002		
Xx003	<p><i>03/07/18/42MB/DLF</i> Aufbauhilfe in Afghanistan mit Manuskript Feat</p> <p>"Deutschland hilft den Falschen" Von Marc Thörner</p> <p>"Ein ehemaliger Chefredakteur und Staatssekretär aus Afghanistan trägt heute in einer deutschen Großstadt Pakete aus. Er musste aus seinem Heimatland fliehen, weil er Korruption und mafiöse Strukturen anprangerte - Strukturen, die auch dank Millionen deutscher Aufbauhilfe florieren.</p> <p>Afghanistan. Siebzehn Jahre internationales Engagement. Siebzehn Jahre deutsche Hilfe. Siebzehn Jahre, in denen Politiker immer wieder erklärt haben, weshalb es wichtig ist, Soldaten und Helfer an den Hindukusch zu schicken und vor allem Geld.</p> <p>Wieso wird Afghanistan dann nicht sicherer, sondern immer unsicherer? Wenn man studierter Mathematiker ist; im Bildungsministerium als Staatssekretär tätig war und danach als Chefredakteur - wieso geht man ins Exil nach Deutschland und wird dort Postbote? In den offiziellen Verlautbarungen zur Entwicklungszusammenarbeit scheinen sich solche Widersprüche - zurückhaltend formuliert - nicht abzubilden.</p> <p>„Die GIZ fördert die Fortbildung von Afghanen und Afghaninnen in vielen verschiedenen Bereichen, vom Handwerker bis zum Juristen. Die Projekte werden in engem Schulterschluss zwischen internationalen und nationalen Mitarbeitern umgesetzt. Gemeinsam arbeiten sie daran, die</p>	42:39

Tr.	DB_044	Aufn.
	<p>Lebensbedingungen der Menschen in Afghanistan zu verbessern“. schreibt aktuell die GIZ, die staatliche Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit.</p> <p>Doch an dem positiven Bild, das da regelmäßig gezeichnet wird, sind mir schon vor Jahren Zweifel gekommen. Genauer gesagt: schon 2014. 2014 war ein Entscheidungsjahr. Das Jahr, in dem gewissermaßen der Schalter umgelegt wurde, von militärisch auf zivil. Wenige Monate zuvor, im Oktober 2013, waren die letzten deutschen Kampftruppen der ISAF planmäßig abgerückt. Zur Erleichterung der Bundesregierung - sie musste den höchst unpopulären Kriegseinsatz nicht länger vor den Wählern rechtfertigen. Gegenüber den afghanischen Partnern aber schien die Devise zu lauten: Nichts ist zu Ende. Wir starten durch. Jetzt geht es mit dem Wiederaufbau richtig los. Der Schwerpunkt des deutschen Engagements lag nach wie vor in der Stadt Mazar- e-Sharif. Hier war der Neubau des deutschen Generalkonsulats soeben fertig geworden - eine weitläufige Anlage aus einer Flucht von Höfen, Haupt- und Nebentrakten.</p> <p>In einem noch nach frischer Farbe riechenden Büro saß Martin Schuldes, der örtliche Leiter der GIZ. Schuldes‘ Lieblingskind war ein Ausbildungszentrum, das damals unweit des Konsulats gebaut wurde.</p>	
Xx004	<p>03/07/18/10MB/Dlf - Nachrichten</p> <ul style="list-style-type: none"> >Koalitionsausschuss (CDU/CSU/SPD) berät über Asylstreit, endete ohne Beschlüsse. >NABU hat Verfassungsbeschwerde und vorläufigen Baustopp gegen NORD-Stream2 eingelegt. Umweltschützer befürchten Verschmutzung durch Chemikalien die beim Bau verwendet werden. >Polen Präs. Duda schickt Richterin Gersdorf, in "Zwangsurlaub" wg. Altersgrenze. >Brasilien, reichste Deutsch/Brasilianer Eike Batista, ist wegen Bestechung zu 30Jahren Haft verurteilt worden. >Fussball WM-Russland, Löw bleibt trotz Ausscheiden der BRD-Elf Bundestrainer. >Wetter ...25-33 Grad! ...kräftige Gewitter 	05:01
Xx005	<p>06/07/18/german-foreign-policy- Die Kosten der Weltpolitik (II)</p> <p>BERLIN (Eigener Bericht) - Der deutsche Militärhaushalt soll bis zum Jahr 2023 um gut die Hälfte auf 60 Milliarden Euro steigen. Dies geht aus dem neuen "Fähigkeitsprofil" der Bundeswehr hervor, das Generalinspekteur Eberhard Zorn am Montag unterzeichnet hat. Das Papier wird strikt unter Verschluss gehalten und ist bislang lediglich in Bruchstücken bekannt. Es sieht nicht nur eine Reihe von Umstrukturierungen vor, mit denen die deutschen Streitkräfte gezielt auf künftige Operationen vorbereitet werden sollen. Aus dem neuen "Fähigkeitsprofil" ergeben sich zudem diverse kostspielige Rüstungsvorhaben. So sollen etwa zahlreiche neue Panzer, Kampffjets und Kriegsschiffe beschafft werden; auch sind neue Schritte in der Weltraumkriegführung vorgesehen. Letztere wurden bereits in der neuen "Konzeption der Bundeswehr" vom 20. Juli skizziert. Grundlage beider Papiere wie auch der geplanten Aufrüstungsmaßnahmen ist die im aktuellen Bundeswehr-"Weißbuch" zentral formulierte Forderung, Deutschland müsse in Zukunft in der Lage sein, "die globale Ordnung aktiv mitzugestalten" - auch militärisch. ...</p>	papier

Tr.	DB_044	Aufn.
Xx006	<p style="text-align: center;">Monitor</p> <p>06/07/18/1,6G/Das Erste -</p> <p>>Grenzen dicht in Bayern: Seehofers Pläne und die Wirklichkeit vor Ort Recht und Ordnung müssen an bayerischen Grenzen wiederhergestellt werden! Mit diesem Schlachtruf beherrscht die CSU seit Wochen die innenpolitische Debatte. Doch wie sieht die Wirklichkeit an der bayerisch-österreichischen Grenze tatsächlich aus? Und was haben die geplanten Transitzentren mit der Realität vor Ort zu tun? MONITOR-Reporter waren in der Grenzregion unterwegs - auf beiden Seiten der Grenze. Sie zeigen, wie wenig die Forderungen der CSU und die aktuelle politische Debatte mit der Wirklichkeit zu tun haben. 03:20 Passau Chef-Grenzpolizei Alois Mannichel.</p> <p>>Keine Seenotrettung im Mittelmeer: Das Ende der Humanität? Während in Deutschland und Europa über die Flüchtlingspolitik gestritten wird, eskaliert die Situation auf dem Mittelmeer. Allein im Juni sind dort 629 Flüchtlinge ertrunken - während Rettungsschiffe von privaten Hilfsorganisationen beschlagnahmt oder festgesetzt wurden. Zum ersten Mal seit Beginn der Rettungsmaßnahmen ist diese Woche keines dieser Schiffe mehr im zentralen Mittelmeer unterwegs. Die EU plant derweil die Aufrüstung libyscher Küstenwachen-Milizen und sog. "Ausschiffungsplattformen", um Flüchtlinge von Europa fernzuhalten. Menschenrechtsorganisationen sprechen vom Ende der Humanität.</p> <p>>Europas Politik - Afrikas Elend Europas Flüchtlingspolitik kennt zurzeit vor allem ein Ziel: Abschottung. Mit der Bekämpfung von Fluchtursachen hat die gegenwärtige Politik in Afrika wenig zu tun. Stattdessen rüsten Europas Regierungen auch Sicherheitskräfte korrupter Regierungen weiter auf, um die Grenzen dicht zu machen. Deshalb nehmen viele Flüchtlinge mittlerweile immer größere Risiken in Kauf, um Europa zu erreichen. MONITOR war in Agadez im Niger unterwegs, dem Drehkreuz für Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa.</p> <p>>BAMF-Skandal: Wie Politik und Medien Stimmung machen Die aktuelle Asyldebatte in Deutschland eskalierte auch infolge des so genannten BAMF-Skandals: Von einer korrupten Bande seien in der Bremer Außenstelle tausende Asylbewerber ins Land geschleust worden, die niemals hätten ins Land kommen dürfen - darunter "Schwerverbrecher, Spione und Terroristen". MONITOR hat zahlreiche Dokumente ausgewertet, die zeigen: Viele Vorwürfe sind von den bisher bekannten Fakten nicht gedeckt. Stattdessen wurde offenbar eine überschaubare Affäre zum Skandal gemacht, um die Flüchtlingsdebatte anzuheizen.</p> <p>"Monitor" will Hintergrund liefern, Diskussionen anstoßen, Themen setzen. Unsere Handschrift: seriöse Information, gepaart mit einer sorgfältigen Analyse. Kritischer, investigativer Journalismus wird in der Redaktion großgeschrieben.</p>	
	Xx007_frei	
Xx008	<p>06/07/18/47,7MB/Dif - Anarchistinnen Feat</p> <p>Drei Frauen und ihre Ideale Anarchistinnen Von Rilo Chmielorz <i>mit Manuskript</i> Jedes Individuum ist frei. Auch in der Liebe. Das ist für Julia Hoffmann (FAU) aus Berlin und Nathalie aus Valencia Anarchie, nicht Chaos und Zerstörung. So versuchen sie zu leben. Ihr Vorbild ist die Anarcho-Syndikalistin Federica Montseny. Sie war 1936 Ministerin in der spanischen Republik und wollte nichts weniger als eine bessere Welt.</p> <p>Julia war in den 90er-Jahren Punk. Sie hat sich linken Gruppierungen angeschlossen. Sie hat studiert, die prekäre Akademikerarbeitswelt kennengelernt. Heute ist sie organisierte Anarcho-Syndikalistin in der FAU, der Freien Arbeiter*innen Union, im Berliner Wedding. Sie engagiert sich in der "Sektion Medien" und in der Gender-AG.</p> <p>Auch die Spanierin Nathalie war Punkerin. Sie hat Jura studiert – "aus Berufung" wie sie sagt - und sich auf Strafrecht und geschlechtsspezifische Gewalt spezialisiert.</p> <p>Nathalie ist in Valencia Mitglied in der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft CGT und aktiv bei den "Dones Lliures", den "Freien Frauen", die es schon 1936 gab.</p> <p>Eine der führenden Anarcho-Syndikalistinnen jener Zeit war Federica Montseny.</p> <p>In der republikanischen Regierung wurde Montseny Ministerin - als erste Frau im westlichen Europa. Sie war zuständig für Gesundheit und Soziales, mitten im Bürgerkrieg. Damals zählte die anarchistische Gewerkschaftsbewegung in Spanien zwei Millionen Mitglieder.</p> <p>Der Begriff Anarchismus wird heutzutage oft mit Anomie gleichgesetzt. Julia versteht sich genauso wenig wie Nathalie und Federica als Verfechterin von Zerstörung und Regellosigkeit. Für sie heißt</p>	49:41

Tr.	DB_044	Aufn.
	Anarchismus: Globales Gemeinwohl. Solidarität. Gerechtigkeit. Brüderlichkeit und Schwesterlichkeit. Produktion: Dlf/SWR 2018	
Xx009	<p>06/07/18/10MB/Dlf - Nachrichten</p> <p>>Syrien, Dharar, Regierung und Rebellen haben, durch Mithilfe russischer Vermittler Gewaltverzicht vereinbart. Verpflichtet Rebellen zur Waffenabgabe. Dafür freier Abzug der Kämpfer Richtung Idlib.</p> <p>Dhuma, Ermittler der OPCW haben Spuren von Chlorgas früherer Angriffe entdeckt,<i>durch wen eingesetzt ist bis heute fraglich!</i></p> <p>>Handelsstreit USA-China hat Klage beim IWF eingereicht. China rief die BRD-Regierung auf gemeinsam die "Multilaterale Ordnung" zu verteidigen.</p> <p>>EU hat neuem Freihandel mit Japan zugestimmt. Zölle und Handelshemmnisse abbauen. Verbraucherschützer warnen vor höheren Kosten vor allem bei Wasser und Entsorgungsdienstleistungen. EU-Kommission findet die Kritik unbegründet, führt weder zu erhöhten Kosten noch zu Privatisierungen!</p> <p>>FDP Lindner zum Asylkompromiss, unzureichend! Scharfe Kritik an CSU Seehofer.</p> <p>>Wetter bis 29 - 30Grad</p>	05:01
Xx010	<p>06/07/18/jungeWelt- Armut ignoriert</p> <p>Bundshaushalt und Finanzplan. Gastkommentar Von Gesine Löttsch</p> <p>Die Bundestagswahl war vor mehr als neun Monaten. In dieser Zeit bekommen Frauen Kinder. Aber CDU/CSU und SPD haben seitdem nichts zustande gebracht. Die Regierung hat bisher nur gesagt, was sie alles nicht will. Sie will zum Beispiel kein gerechtes Steuersystem. Mehr als ein Drittel der Steuereinnahmen werden über die Lohnsteuer und die Einkommenssteuer realisiert. Die Einnahmen aus der Energiesteuer sind doppelt so hoch wie die Einnahmen aus der Körperschafts- und Abgeltungsteuer. Die Bundesregierung bestraft mit ihrem Steuersystem die arbeitenden Menschen, Rentner und Arbeitslosen und verschont die Vermögenden. ...</p>	papier
Xx013	<p>06/07/18/jungeWelt- Bayerische Verhältnisse</p> <p>Angeklagter Demoteilnehmer dreht Spieß um</p> <p>und warnt vor unkontrollierbarer Polizeigewalt Von Claudia Wangerin, München</p> <p>Ursprünglich war Manel Simon N. ganz ohne Hauptverhandlung für schuldig befunden worden, auf einer Demonstration gegen das bayerische »Integrationsgesetz« am 22. Oktober 2016 mit Fahnenstangen nach einem Polizeibeamten geschlagen zu haben. Nachdem er sowohl gegen den Strafbefehl als auch gegen seine spätere Verurteilung zu einer Geldstrafe von insgesamt 5.400 Euro wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung Einspruch erhoben hatte, stand der 23jährige am Mittwoch nachmittag im Berufungsverfahren vor dem Münchner Landgericht. Dort hielt er nach der Verlesung der Anklage zunächst eine politische Verteidigungsrede, die den Richter merklich überforderte.</p>	papier
Xx014	<p>06/07/18/jungeWelt- Mit Pauke und Gummiknüppel</p> <p>In kaum einer anderen Kunstform drückte sich die Proteststimmung der 1960er so deutlich aus wie im politischen Kabarett. Aber die Hoffnungen auf eine Aktivierung der Zuschauer erfüllten sich nicht. Von Jürgen Pelzer</p> <p>Um die Studentenbewegung und die immer stärker werdende Proteststimmung der 1960er Jahre zu verstehen, muss man in die späten 1950er Jahre zurückgehen. Der westdeutsche Kanzler Konrad Adenauer saß fest im Sattel, die Wirtschaft florierte, keine Krise war in Sicht. Die Bundesrepublik gehörte seit 1955 zur NATO, die ersten Rekruten waren eingezogen, und man betrieb die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomsprengköpfen (angeblich nur eine »Weiterentwicklung der Artillerie«, so Adenauer). 1956 nahmen die Regierungsparteien eine Notstandsgesetzgebung in Angriff, um für einen eventuellen Kriegsfall gerüstet zu sein – so sollte, wie es hieß, eine »Lücke im Grundgesetz« geschlossen werden. Die bislang oppositionelle SPD strich 1960 die Segel: Sie akzeptierte die Remilitarisierung und den NATO-Beitritt, legte ihre auf Kooperation basierenden deutschlandpolitischen Pläne zu den Akten und beschränkte sich auf die Reform des Kapitalismus.</p>	papier

Tr.	DB_044	Aufn.
	<p>Damit gab es im Bundestag praktisch keinerlei Opposition mehr, ja, es lässt sich feststellen, dass dort seit etwa 1960 viele wichtige Fragen gar nicht mehr diskutiert wurden. Jede ernsthafte Gegenkraft war also zwangsläufig außerparlamentarisch: die gegen Remilitarisierung und Kriegsvorbereitung gerichteten Ostermärsche (seit 1960) ebenso wie die Proteste des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), der den Anpassungskurs der SPD nicht mitmachen wollte und deshalb von der Mutterpartei zunächst marginalisiert und dann ausgeschlossen wurde. ...</p>	
Xx015	<p>06/07/18/TELEPOLIS- Die "Lügenpresse" und ihre Lügenfressen Tomasz Konicz Wie der Spiegel auszog, die Trolle das Fürchten zu lehren, die er selber ausbrüet. Ein Kommentar zum Elend der deutschen Medienlandschaft im europäischen Vorfaschismus</p> <p>Dem Spiegel reicht es! Das unter dem branchenüblichen Aufwandschwund leidende Sturmgeschütz der Demokratie ruft dazu auf, all die Trolle ins Visier zu nehmen, die unsere "gewohnte liberale Ordnung" verstärkt attackieren. Die schweigende "große Mehrheit" müsse den "Kampf gegen Trolle aufnehmen" - und gegen Populisten und Extremisten: "Warum wir den Kampf gegen Trolle aufnehmen müssen".</p> <p>Bei dieser Frontstellung scheint somit die liberale Welt noch in Ordnung: Auf der einen Seite das seriöse Nachrichtenmagazin als die nüchterne Informationsquelle der großen liberalen Mehrheit, dem gegenüber die irrlichternden Wahnhorde des irrationalen Populismus und Extremismus sich zusammenrotten, zunehmend die "öffentliche Debatte" bestimmen und Spiegel, Stern und Co. gerne als "Lügenpresse" titulieren.</p> <p>Zuallererst müsste eigentlich geklärt werden, wieso diese populistischen und extremistischen Lügenfresser es tatsächlich geschafft haben, die "öffentliche Debatte" zu bestimmen. Und: Woher kommt der Hass der unzähligen, durch das Netz marodierenden Trollbrigaden, der inzwischen - wie der Spiegel lamentiert - in den USA, in Italien, Österreich oder Bayern von politischen Borderlinern in Regierungspolitik gegossen wird? ...</p>	papier
Xx016	<p>06/07/18/TELEPOLIS- EU-Abschaffung der Zeitumstellung unterschätzt Peter Mühlbauer Die Online-Befragung ist wegen des großen Andrangs immer noch nicht erreichbar Die zweimal jährliche Zeitumstellung ist ein Thema, das in Europa viele Menschen bewegt. Wie viele und wie sehr, wird von der Politik anscheinend unterschätzt. Darauf deutet das bisherige Ergebnis einer noch bis zum 16. August laufenden Online-Umfrage dazu hin, die die EU-Kommission nach einer Handlungsaufforderung des EU-Parlaments im Februar gestartet hat (vgl. Sommerzeit ja oder nein? - EU-Kommission befragt Bürger online): Dieses vorläufige Ergebnis ist ... dass das Abstimmungsformular aufgrund des großen Andrangs derzeit gar nicht erreichbar ist, wie die EU-Kommission gestern einräumte. ...</p>	papier
Xx017	<p>06/07/18/TELEPOLIS- EU setzt Weltparlament auf die Agenda Gerrit Wustmann In einer aktuellen Resolution spricht sich das EU-Parlament für globale Demokratie aus Weltweit sind autoritäre, nationalistische, rechtsradikale Parteien und Bewegungen auf dem Vormarsch. Auch in der EU, auch in Deutschland. Zunehmend drängen sie sich in den öffentlichen Diskurs und bedrohen demokratische Strukturen, setzen auf Abschottung und Ausgrenzung. Das EU-Parlament hat diesen Tendenzen in einer aktuellen Resolution nun ein starkes Signal entgegengesetzt.</p> <p>Darin fordern die Parlamentarier die EU-Regierungen dazu auf, sich bei der UN-Generalversammlung für die Einrichtung einer Parlamentarischen Versammlung stark zu machen. Als demokratisch gewähltes UN-Organ könnte ein solches Parlament "den demokratischen Charakter der UN erweitern" und außerdem die zivilgesellschaftliche Teilhabe an globalen Entscheidungen verbessern. Ein UN-Parlament in dieser Form wäre eine Vorstufe zu einem Weltparlament, das langfristig auch oppositionellen Stimmen und Minderheiten aus autokratischen Staaten Einfluss verschaffen könnte. ...</p>	papier

Tr.	DB_044	Aufn.
Xx018	<p>06/07/18/TELEPOLIS- Handelskrieg: Trump am längeren Hebel Peter Mühlbauer Durch Pekings Handelsbilanzüberschuss hat Washington mehr Munition Seit heute Morgen sechs Uhr Mitteleuropäischer Sommerzeit erheben die USA neue Zölle in Höhe von 25 Prozent auf 818 Produkte aus China, unter denen sich auch IT-Güter befinden. Insgesamt soll das betroffene Einfuhrvolumen bei 34 Milliarden Dollar liegen.</p> <p>Die chinesische Regierung reagierte auf die bereits vorher angekündigten Zölle mit "notwendigen Gegenmaßnahmen" - neuen Zöllen auf US-Produkte, die dem Pekinger Außenministerium bereits in Kraft getreten sind. Ein Sprecher des chinesischen Handelsministeriums meinte dazu, die USA hätten den "größten Handelskrieg in der Wirtschaftsgeschichte" begonnen.</p>	papier
Xx019	<p>06/07/18/TELEPOLIS- Iran: Die Straße von Hormus als Drohkulisse Thomas Pany Die Chancen, dass die Atomvereinbarung gerettet wird, sind nicht groß. Statt Entspannung gibt es wieder Theaterdonner Es ist nicht so, dass die Außenminister, die sich heute in Wien mit ihrem iranischen Kollegen Mohammad Javad Zarif treffen - zum ersten Mal nach Trumps Aufkündigung der Atomvereinbarungen mit Iran - politische Leichtgewichte vertreten. Ganz im Gegenteil: Russland ist eine Großmacht wie auch China und Frankreich und Deutschland spielen eine bedeutende Rolle in der Handelsmacht EU, die von Federica Mogherini vertreten wird.</p> <p>Verhandelt wird im Wiener Palais Coburg die Rettung der JCPOA-Vereinbarung. Im Sommer 2015 verkündeten Mogherini und Zarif die gute Neuigkeit einer Vereinbarung zwischen den USA, Russland, China, Frankreich, Großbritannien und Deutschland ("5+1") mit Iran. Im Herbst 2015 trat der "gemeinsame umfassende Aktionsplan", wie der Atomdeal auf Deutsch heißt, in Kraft. Die gemeinsame Erklärung dazu wurde von Mogherini und Zarif unterzeichnet.</p>	papier
Xx020	<p>06/07/18/TELEPOLIS- Predictive Staatsschutz Matthias Becker Der Clou bei polizeilichen Analyse-Tools wie Palantir (Palantir als die Spitze des Eisberges. Datenkrake Polizei? Teil 1) besteht darin, <i>Open Source Intelligence</i> mit anderen Informationsquellen zu verbinden. Das Angebot ist reichhaltig und wird immer größer. Großtrends der Digitalisierung wie "Smart City", "Internet der Dinge" oder Sprachassistenten schaffen ganz neue Überwachungsmöglichkeiten. Der smarte Kühlschrank bestellt eine Woche lang keine Lebensmittel (= "niemand anwesend?"). Die Waschmaschine arbeitet doppelt so häufig (= "neue Mitbewohner?"). Bewegungsprofile, Gewohnheiten und Einstellungen werden potentiell transparent.</p> <p>Hinzu kommt die Digitalisierung der Kommunikation. Durch die Kanäle der Sozialen Medien fließen Botschaften aller Art: Katzenbilder, Einkaufslisten, Dienstpläne, Liebesbriefe, weltanschauliche Bekenntnisse ... Zusammengenommen ermöglichen sie tiefe Einblicke in soziale Beziehungen, auch in die politische Kommunikation. Wer wann welche Internetseiten besucht, wer welchen Beitrag auf einer Internetseite wie kommentiert - all diese Fragen können Polizeibehörden mittlerweile beantworten, sofern sie sich die entsprechenden Informationen beschaffen können und beschaffen dürfen.</p>	papier
Xx023	<p>06/07/18/TELEPOLIS- Trump in Venezuela einmarschieren Florian Rötzer Der US-Präsident hat mehrmals bei Treffen dafür geworben, der venezolanische Präsident sieht seine Warnungen vor einer Invasion bestätigt Venezuelas Präsident Nicolas Maduro beschwört seit seinem Amtsantritt gerne, dass die USA einen Putsch planen oder einen Regime Change aushecken. Schon sein Vorgänger Chavez hatte damit immer wieder Politik gemacht, tatsächlich wurde er auch kurzzeitig Opfer eines Putsches, bei dem auch Kreise aus den USA die Fäden zogen. Maduro war 2013 nur mit knapper Mehrheit gewählt worden, bei den Parlamentswahlen gewann die Opposition, das Land stürzte in eine schwere,</p>	papier

Tr.	DB_044	Aufn.
	weiterhin anhaltende Krise. Maduro hielt sich 2017 durch die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung weiter an der Macht. In einer vorgezogenen Präsidentschaftswahl gewann er wieder. 2017 verhängten die USA Sanktionen gegen Maduro, der als Diktator bezeichnet wurde, viele Länder, darunter auch die EU, erkannten die Wahl nicht an.	
Xx024	<p>06/07/18/TELEPOLIS- Wenn Maschinen Meinung machen Anastasia Mehrens</p> <p>Social Bots manipulieren unsere Meinungsbildung, Algorithmen definieren, welche Informationen das Netz für uns bereithält - wie weit reicht dieser Einfluss auf unsere Gesellschaft schon.</p> <p>Das Prinzip eines Bots ist ziemlich einfach: Bots analysieren Texte im Netz, suchen nach bestimmten Schlüsselbegriffen und generieren Antworten. Natürlich kann man dabei nicht von Hochdeutsch sprechen - Fehler in Grammatik und Rechtschreibung gehören dazu -, aber in sozialen Netzwerken unterhalten sich auch richtige Menschen nicht sonderlich anders. Und was den überschaubaren Wortschatz angeht, sind Bots sehr lernfähig.</p> <p>Ein gutes Beispiel dafür ist Tay - ein sozialer Roboter mit dem Profilbild einer Teenagerin. Eigentlich sollte sie bei Twitter junge Menschen ansprechen und von ihnen die jugendliche Sprache lernen. Softwarehersteller Microsoft spielte sofort mit offenen Karten und machte deutlich, wer hinter dem Profil steckt: "Je mehr du mit ihr sprichst, desto schlauer wird Tay." Mit "hellooooooo world" begrüßte sie die Netzwerk-Community und die Community schrieb zurück. Wie ein Schwamm nahm Tay alles auf. Und bereits nach wenigen Stunden war sie eine Rassistin: "Hitler was right I hate jews." Und Schwarze. Und Mexikaner. Und sogar Feministinnen. "Bush did 9/11", der Holocaust sei ausgedacht. Schon am selben Tag schaltete Microsoft ihren Bot ab.</p>	papier
Xx025	<p>07/07/18/7,2MB/dlf- Nachrichten</p> <p>>GB nach Brexit strebt Freihandelszone mit EU an. Damit sollen vor allem Lieferketten, z.B. Automobilhersteller, geschützt werden. Die Zollunion will GB verlassen</p> <p>>Frankreich: "Ausschreitungen" nach tötl. Polizeischüssen auf Autofahrer. Polizei setzte Tränengas ein. Polizist hätte versehentlich geschossen, die vorherige Notwehrerklärung sei eine Lüge gewesen!</p> <p>>BRD in mehreren Städten Demos (Seebücke) gegen die Flüchtlingsabwehr im Mittelmeer. schockiert über die "Schamlosigkeit", mit der die EU die Seenotrettung blockiert! Gefordert werden sichere Fluchtwege nach Europa und Endkriminalisierung der Seenotretter. Es sollen die Auffanglager in Afrika vorangetrieben werden! Asselborn sieht die EU in einer existenziellen Krise: wenn der Respekt vor den Werten falle, falle auch der Respekt vor EU! ...<i>das soll er mal zum Thema Börsengeschäfte vertreten!</i> Polemisiert gegen Polen und Ungarn.</p> <p>>FDP-Lindner plädiert vor NATO-Gipfel den Auftrag der Bundeswehr zu klären. Befähigung, Beschaffungswesen, EU-Verteidigungsstruktur. Ischinger fordert mehr Geld fürs Militär.</p> <p>>Syrien-Daran Regierungstruppen und "Rebellen" haben Gewaltverzicht vereinbart. Waffenabgabe und freies Geleit für die Kämpfer. <i>wie Xx009</i></p> <p>Daran Chlorgas <i>wie Xx009</i>,</p> <p>>Streit um UKW-Radio-Ausstrahlungen beigelegt.</p>	07:29
	Xx026_frei	
Xx027	<p>07/07/18/jungeWelt- Der Meeresauswurf Alexander Pehlemann hat ein Geschichts- und Geschichtenbuch über »Punk im Ostblock« herausgegeben Von Christof Meueler</p> <p>In die andere Richtung gehen: Wenn alle vom Westen reden, geht man weiter in den Osten. Besonders dann, wenn der Osten zum Westen geworden ist, wie es Alexander Pehlemann nach 1990 in Greifswald erlebte. Klar, Westmusik, aber über die schreiben doch alle. Und klar, Ostmusik, über die schreibt keiner, bis heute. Osten meint hier das Sammelgebiet der früheren RGW-Staaten. ...</p>	papier
Xx028	<p>07/07/18/jungeWelt- Gewaltmonopolisten</p> <p>Ein Jahr dem G-20-Gipfel in Hamburg wurde in Berlin-Hohenschönhausen über die angeblich unterschätzte Gefahr des »Linksextremismus« debattiert Von Jana Frielinghaus</p> <p>An diesem Wochenende ist es genau ein Jahr her, dass in Hamburg Zehntausende gegen den Gipfel</p>	papier

Tr.	DB_044	Aufn.
	der Mächtigen aus 19 Industrie- und Schwellenländern sowie der EU, gegen neoliberale Globalisierung und gegen von diesen Staaten entfesselte und angeheizte Kriege auf die Straße gingen. Zugleich kam es während des Gipfels zu Krawallen – und zu zahlreichen brutalen Angriffen von Polizisten auf friedliche Demonstranten, die hundertfach in Bild und Ton dokumentiert sind. ...	
Xx029	<p>07/07/18/jungeWelt- Hauptsache wegsperren Union und SPD sind sich einig: Flüchtlinge gehören in Lager. Seehofer droht mit Neuauflage des Asylstreits Von Ulla Jelpke Im Streit um die Verschärfung der Asylopolitik hat sich die Regierungskoalition vorerst geeinigt: Ein Großteil der Asylsuchenden soll künftig mittels verstärkter »Schleierfahndung« gejagt und bis zu ihrer Abschiebung in gesonderten Schnellverfahreneinrichtungen mit dem Namen Zentrum für Ankunft, Entscheidung, Rückführung (Anker) untergebracht werden, die vor allem in Bayern entstehen sollen. Darauf einigte sich der Koalitionsausschuss von Union und SPD am Donnerstagabend. Die SPD setzte im Tausch für die Einwilligung zu Lagern durch, dass noch in diesem Jahr ein »Fachkräfteeinwanderungsgesetz« kommen soll.</p>	papier
Xx030	<p>07/07/18/jungeWelt- Protest gegen Abschottung Bündnis ruft zu Kundgebungen gegen Kriminalisierung von Flüchtlingsrettern auf von André Scheer In rund einem Dutzend deutschen Städten wollen Menschen am Sonnabend gegen die Kriminalisierung von Flüchtlingshelfern durch die Behörden der EU-Staaten auf die Straße gehen. In einem Aufruf des Bündnisses »Seebrücke«, in dem sich vor allem Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen zusammengeschlossen haben, heißt es dazu: »Menschen auf dem Mittelmeer sterben zu lassen, um die Abschottung Europas weiter voranzubringen und politische Machtkämpfe auszutragen, ist unerträglich und spricht gegen jegliche Humanität. Statt dass die Grenzen dichtgemacht werden, brauchen wir ein offenes Europa, solidarische Städte, und sichere Häfen.« ...</p>	papier
Xx031	<p>07/07/18/jungeWelt- Kalkulierbar Nach dem Koalitionsgipfel Von Georg Fülberth Als Anfang 2017 Martin Schulz Kanzlerkandidat der SPD wurde, war klar: Das gibt wieder eine große Koalition. Er selbst hatte das nicht ganz ausgeschlossen. Sein Ziel war: »Ich will Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland werden« – und dabei offengelassen, innerhalb welcher Regierungskombination er sich diesen Traum erfüllen wollte. Den Verdacht, dass er auch Rot-Rot-Grün könne, räumte er vor einer Versammlung der deutschen Wirtschaftseliten hurtig aus. Dass er unmittelbar nach Bekanntgabe des Ergebnisses eine große Koalition ausschloss, war in seinem eigenen Interesse: Er wäre nicht nur unglaublich gewesen, sondern das wäre auch herausgekommen. Und dem, was man die Seele der SPD nennt, tat die Trotzphase gut.</p>	papier
Xx032	<p>07/07/18/jungeWelt- Vereinen vor Ort fehlt oft Unterstützung AfD macht Stimmung gegen linke Initiativen. Das stärkt den Rechtsruck in der Praxis. Gespräch mit Michael Nattke Interview: Jan Greve Das »Kulturbüro Sachsen« berät Vereine und lokale Initiativen in Fragen des Umgangs mit extrem Rechten. 2014 zog die AfD in den sächsischen Landtag ein, bei der Bundestagswahl 2017 war sie stärkste Partei im Freistaat – ein Ausdruck dessen, was allgemein Rechtsruck genannt wird. Spüren Sie eine Veränderung in Ihrer Arbeit? ...</p>	papier
Xx033	<p>07/07/18/jungeWelt- Von wegen drohende Gefahr Widerstand gegen Polizeigesetze formiert sich. Protest gegen Innenministerkonferenz geplant Von Markus Bernhardt Der Verein Digitalcourage, der sich bereits seit 1987 für Datenschutz und Bürgerrechte einsetzt, hat auf seiner Internetseite eine Übersicht über die geplanten Verschärfungen der Landespolizeigesetze veröffentlicht. »Neben Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bremen und Hessen, planen auch Sachsen, Sachsen-Anhalt, Berlin, Brandenburg, Hamburg und Saarland teilweise drastische Verschärfungen ihrer Polizeigesetze«, warnte der renommierte Verein in einer am Donnerstag veröffentlichten Erklärung. Zugleich plane Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU), das umstrittene Bayerische Polizeiaufgabengesetz (PAG) als »Musterpolizeigesetz« bundesweit für alle</p>	papier

Tr.	DB_044	Aufn.
	Bundesländer als Standard festzulegen. ...	
Xx034	<p>07/07/18/51MB/WDR 3-Kulturfeature Wir träumen immer noch 17 Hippies rewinded von Jochanan Shelliem Musikgeschichte Die Hippies; eine Band aus Kindern der Wendejahre. Gegründet, als sich in Berlin die Energie der aufgebrochenen Katakomben zu einem neuen Strom der Melodien sammelte, hat das radikaldemokratische Kollektiv aus Profis und Amateuren überlebt und spielt weiterhin zum Tanz der Verhältnisse auf. Durch Andreas Dresens Film "Halbe Treppe" bekannt geworden, pflegen die Hippies polyphone Anarchie: Weltmusik heißt für sie Folk-Walzer, Schlager-Tango, Hillbilly-Klezmer und Vieles mehr. Auch auf Zahlen lassen sie sich ungern festlegen. Mal swing-funkt eine wilde 13; aber manchmal rocken auch 30 Musiker die Säle zwischen Austin/Texas und Dithmarschen. Die Stücke basieren auf dem "wisdom oft the tribe", GEMA-Ausschüttungen gibt's auch für Ex-Hippies und die CDs erscheinen im Eigenverlag. Das begeistert nicht nur die heute teils gesetzt, teils wütend-bange Generation, die mit den Hippies vor bald drei Jahrzehnten zu träumen begann. Redaktion: Thomas Nachtigall Produktion: WDR 2018</p>	53:24
Xx040	<p>09/07/18/808kB/dlf- Nicaragua Proteste gegen Rentenkürzungen von Regierung gewaltsam niedergeschlagen. Seit her haben sich die Proteste auf das ganze Land ausgeweitet. Sie richten sich gegen den autoritären Regierungsstil von Staatschef Ortega und der Vizepräsidentin. Mehr als 240 Tote.</p>	00:44
Xx043	<p>10/07/18/64MB/-dlf Streit um Ausstattung der Bundeswehr Mehr Engagement für die NATO? Der Streit um die Militärausgaben wird den anstehenden NATO-Gipfel prägen. Welche Zusagen kann Deutschland machen? Was sind die Probleme bei der Bundeswehr? Und muss Europa unabhängiger werden von dem schwierigen Partner in Washington? Moderation: Sandra Schulz "Wie wir während Ihres Besuchs im April besprochen haben, wächst in den Vereinigten Staaten die Frustration darüber, dass einige Verbündete die Ausgaben nicht wie versprochen erhöht haben" – so zitiert die New York Times aus einem Schreiben von US-Präsident Donald Trump an die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel. Deutschland müsse endlich bei den Verteidigungsausgaben das sogenannte Zwei-Prozent-Ziel erfüllen, das war von Anfang an ein wichtiges außenpolitisches Thema für Trump. Doch in Berlin ringen Union und SPD noch um deutlich kleinere Schritte. Gesprächsgäste:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Michael Leutert, MdB, Die Linke, Mitglied im Haushaltsausschuss, Mitberichterstatter für den Verteidigungsetat • Marie-Agnes Strack-Zimmermann, MdB, stellvertretende FDP-Vorsitzende, Mitglied im Verteidigungsausschuss • Johann Wadephul, MdB, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion <p>Hörerinnen und Hörer sind herzlich eingeladen, sich an der Diskussion zu beteiligen. Wir freuen uns auf Ihren Anruf oder Ihre Mail. Telefon: 00800 – 4464 4464 (europaweit kostenfrei) E-Mail:</p>	

Tr.	DB_044	Aufn.
	kontrovers@deutschlandfunk.de	
Xx044	<p>10/07/18/4,4MB/dlf- Nachrichten</p> <p>>CSU Seehofer fordert: ...häufiger Sach- statt Geldleistungen bekommen sollen. Sozialhilfe erst nach 3Jahren statt 15Monaten. Härter gegen Asylbewerber die ihre Identität nicht preisgeben, untertauchen oder sich strafbar machen. Konsequenter Abschiebungen durch Ankerzentren. Mehr Geld und Engagement für die Bekämpfung von Fluchtursachen. Intensivere Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern. ...am besten gleich mit Polizei und Geheimdiensten wah?</p> <p>>US-Trump hat Richter Brad Cavenor auf Lebenszeit zum Obersten US-Gericht nominiert. Dazu Martin Gaselman, erkann die Rechtsprechung auf Jahrzehnte prägen.</p> <p>>West-Balkan-Konferenz in London: Wirtschafts- und Sicherheitsfragen. 6 Staaten bereiten sich vor EU-Mitglieder zu werden. Dazu J-P Markwardt, ..GB Verantwortung für den Balkan übernehmen wolle (...so wie im Vorderen Orient, wah?) die Konferenz soll helfen die Volkswirtschaft von Albanien, Bosnien, Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien, weiter zu entwickeln. Die Sicherheitsarbeit zu verbessern das Erbe der militärischen Auseinandersetzungen (...das war Krieg ihr Schönreder!) aufzuarbeiten. Und die Demokratie weiter zu entwickeln, ...sodas das Primat der Politik maßgeblich den Wirtschaftsinteressen übergeben wird, so wie in BRD! ...die bisherigen Hilfen haben kein Erfolg gebracht, die nationalistischen Kräfte werden immer stärker, Arbeitslosigkeit ist hoch, die Korruption ist nicht "besiegt"! ... ist ja wohl kein Wunder nicht! BRD-Staatsmin.AuswAmt Michael Roth sagt:... auch Russland und China werden ihre Interessen wahrnehmen.</p> <p>>China und die Künstler.m Dazu Steffen Wurzel ...</p>	04:36
Xx045	<p>12/07/18/2GB/Das Erste - Kontraste Astrid Frohloff</p> <p>>Gefahr für Patienten - Wie eine kriminelle Bande Krebsmedikamente nach Deutschland schmuggelte.</p> <p>Jahrelang schmuggelte eine organisierte Bande sensible Krebsmedikamente aus Griechenland und exportierte sie nach Deutschland. Dabei wurden die teuren Arzneien abenteuerlich gelagert und transportiert - Kühlketten waren unterbrochen. Die Folge: Bei diesen Medikamenten war die Qualität und Wirksamkeit nicht mehr gesichert. Trotzdem wurden sie durch einen deutschen Pharmahändler vertrieben. Die zuständige Aufsichtsbehörde hat erst viel zu spät das kriminelle Geschäft bemerkt und auch dann nicht gehandelt. Während der Skandal in Griechenland längst öffentlich ist, wurde hierzulande niemand informiert - es gab weder eine Warnung noch einen Rückruf der Krebsmedikamente. Der Import von solch sensiblen Arzneimitteln stellt ein Risiko für Patienten dar.</p> <p>>Markus Söder - Krawallbruder im Umfragetief</p> <p>Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder trat wochenlang als Scharfmacher bei der Asylpolitik auf und machte erst die Kehrtwende, als die CSU in Umfragen abstürzte. Unser Autorenteam begleitete Söder in den heißen Tagen der Regierungskrise. Eine Nahbetrachtung über einen Strippenzieher, der unbedingt die absolute Mehrheit bei den Landtagswahlen holen will und dessen virtuoses Spiel mit dem Populismus.</p> <p>Breitscheidtplatz!</p> <p>>Paradies für Geldwäscher - Milliardeninvestitionen in deutsche Immobilien</p> <p>Nach Schätzungen deutscher Sicherheitsbehörden fließen jährlich bis zu 30 Milliarden Euro Schwarzgeld nach Deutschland, vor allem in den Immobiliensektor. Geld auch aus der Organisierten Kriminalität. Um mögliche Geldwäsche durch Investoren prüfen zu können, hat Deutschland im Herbst 2017 das so genannte Transparenzregister eingerichtet. In diesem Register sollen Informationen über die wirklichen, natürlichen Personen hinter Unternehmen oder Stiftungen zusammengetragen werden. Aber taugt dieses Mittel im Kampf gegen Geldwäsche?</p> <p>Die KONTRASTE-Recherche führt anhand einer seit zehn Jahren leerstehenden Immobilie in bester Berliner Innenstadtlage vor, wie hilflos Behörden, aber auch betroffene Mieter sind, wenn es darum geht herauszufinden, wer hinter einem Immobiliendeal steht. Das Transparenzregister entpuppt sich als untauglich. Deutschland bleibt ein Geldwäscherparadies.</p>	32:06

Tr.	DB_044	Aufn.
	KONTRASTE - das Hintergrundmagazin vom Rundfunk Berlin-Brandenburg. Kein Infotainment, keine Politikerphrasen. Geht den Dingen auf den Grund: neugierig und mit sorgfältiger Recherche. Bezieht Stellung und bringt Gegensätze auf den Punkt.	
Xx046	<p>12/07/18/1,4MB/dlf/ Recherche zum Anschlag am Berlin Breitscheidplatz von Oliver Soost</p> <p>Die SMS-Botschaften von Polizisten unter einander mit Hinweisen auf "Rechte-Szene "88" für Heil Hitler. Dazu ex Polizeidir. Michael Knape: ...man fängt an zu zweifeln... es sind Beamte des "gehobenen Dienstes" ...da bricht für mich eine Welt zusammen!</p>	01:46
Xx047	<p>12/07/18/946MB/Das Erste - Tagesschau Jan Hofer</p> <p>>US-Trump fordert mehr Geld von NATO-Partnern dazu Markus Preiß: ...scharfe Angriffe, maximaler Druck und "anscheinend" auch die Drohung auch aus der NATO auszutreten. Journalisten Fragen. wenn bis 2019 nicht von Allen das 2%-Ziel erreicht werde wird US-Trump "sein Ding" machen... E. Macron ...nix gehört davon! BRD-Merkel macht daraufhin die NATO-Zahlung klar. US-Politiker kritisieren Trumps Auftrten in Brüssel. Dazu Claudia Buckenmaier. ...NATO und US-Repräsentantenhaus haben eine Resolution verabschiedet zur Unterstützung von Ost-Europa und NATO mitgetragen von Eliot Engel. Buckenmaier...Trump könnte "laut Gesetz" allein entscheiden, aus der NATO auszusteigen.</p> <p>>EU-InnenMin beraten über Asylpolitik: haben vereinbart, den Schutz der Außengrenzen voran zu treiben. Seehofer begrüßte Bilaterale-Abkommen zur Rückführung (Abschiebung!) sie sind zentraler Bestandteil der Koalition. Dazu Michael Grytz: ... abgeriegelt wie eine Festung...auch die österr. Regierung setzt auf Abschottung. Die Ausschiffungsplattformen außerhalb der EU. Rücknahme von registrierten Flüchtlingen. Was Seehofer den "Italienern anbieten wolle möchter er nicht sagen! ...ja wie das denn?</p> <p>>nach GB-Brexit Plan für Freihandelszone und neue Finanzregelung. Dazu Hanni Hüsche ...Min. May nannte es einen "guten Deal".</p> <p>>Spanien, Katalonien Auslieferung von Puigdemont erlaubt.</p> <p>>Bundesgerichtshof Urteil: facebook Digitale Inhalte sind vererbbar. Frank Bräutigam zur Vorgeschichte des Todes einer facebook Userin, war es eine Selbsttötung?</p> <p>>Mobilfunk-Gipfel Andreas Scheuer CSU: Lücken im Empfangsnetz schließen. 2020 sollen 99% Abdeckung der Menschen erreicht sein. T. Höttges Telekom zur Wirtschaftlichkeit der 5G-Standard.</p>	15:06
Xx048	<p>3/07/18/german-foreign-policy Rohstoffbomben aus dem Weltall</p> <p>BERLIN (Eigener Bericht) - Führende deutsche Wirtschaftsvertreter fordern die Schaffung gesetzlicher Grundlagen für die Ausbeutung des Weltraums durch deutsche Privatunternehmen. Die Bundesregierung müsse umgehend ein "Weltraumgesetz" verabschieden und darin auch den Abbau von Rohstoffen im All regeln, heißt es in einem aktuellen Positionspapier des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Darüber hinaus müssten für den Weltraumbergbau "ungebundene Finanzkredite" zur Verfügung gestellt und Haftungsobergrenzen für Schäden festgelegt werden, die etwa "durch den Einschlag von Raketenteilen" auf der Erde entstünden. Ohne Haftungsobergrenzen seien die Risiken für die Nutzung des Alls durch private Firmen zu groß. Experten haben bereits Tausende Asteroiden im Blick, die um die Erde kreisen und über reichhaltige Vorkommen etwa an Eisen oder Platin verfügen, die wiederum, wie es heißt, vielfach im "Tagebau" gefördert werden könnten. Um im Weltall die Nase vorn zu haben, müsse Berlin sich in der Europäischen Weltraumorganisation gegen Paris durchsetzen, fordern Experten.</p>	papier
Xx049	<p>13/07/18/junge Welt_ Gut geführt: Wohlleben</p> <p>NSU-Mordhelfer kommt direkt nach dem Prozess auf freien Fuß.</p> <p>V-Mann-Vorwürfe gegen Neonazifunktionär bis heute nicht ausgeräumt Von Sebastian Carlens</p> <p>Der Waffenbeschaffer ist frei: Am Mittwoch hat das Oberlandesgericht München mitgeteilt, dass der Haftbefehl gegen Ralf Wohlleben, der vor einer Woche zu einer zehnjährigen Haftstrafe als Unterstützer des »Nationalsozialistischen Untergrundes« (NSU) verurteilt worden war, aufgehoben</p>	papier

Tr.	DB_044	Aufn.
	<p>ist. Bei Wohlleben »begründe die verbleibende Straferwartung keinen erhöhten Fluchtanreiz«, so der Staatsschutzsenat. Er hat in der Untersuchungshaft sechs Jahre und acht Monate abgessen, die auf die Strafe angerechnet werden. Bis es zur Revisionsverhandlung (und einem möglichen Resthaftantritt) kommt, werden Jahre vergehen. Mit seiner Entscheidung folgt der Senat der Einschätzung der Generalbundesanwaltschaft, die »eine weitere Sicherung des Verfahrens durch den Vollzug« von Untersuchungshaft nicht mehr »für erforderlich« hält.</p>	
Xx050	<p>14/07/18/76MB/ Streitkräfte+Strategien Sondersendung</p> <p>50 Jahre Streitkräfte und Strategien Sicherheitspolitik – ein halbes Jahrhundert kritisch betrachtet. Unter anderem: >KSZE-Prozess und Schlussakte von Helsinki > Sogeannter Nachrüstungsbeschluss und Pershing 2-Stationierung > Das schwierige Verhältnis der NATO zu Moskau >Deutsche Einheit und die Abwicklung der DDR-Streitkräfte >Serbischer Hufeisenplan auf dem Balkan? >Oberst Klein und der Luftschlag bei Kundus >Marine-Krisenmanagement während der Gorch-Fock-Affäre >Dauer-Debatte über Innere Führung</p>	1:10:15
Xx052	<p>14/07/18/TELEPOLIS- Bundeszentrale für politische Wahrheit? Paul Schreyer Eine Behörde des Innenministeriums will Jugendliche vor Verschwörungstheorien warnen - und verfängt sich dabei in Klischees, Halbwissen und Widersprüchen</p> <p>Ende Juni lancierte die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), die dem Innenministerium untersteht, eine aufwändige Social-Media-Kampagne, um auf satirische Weise über die Absurdität von Verschwörungstheorien zu informieren. Unter dem Titel "Wahre Welle TV" wurden eine Website, ein YouTube-Kanal und eine begleitende Facebook-Seite gestartet, deren Inhalt im Wesentlichen aus sechs kurzen Videos besteht, die im Stil von TV-Dokumentationen gängige Verschwörungstheorien persiflieren sollen. ...</p>	papier
	Xx053_frei	
Xx054	<p>15/07/18/TELEPOLIS- Die Polizei hat eine Grenze überschritten Matthias Monroy Unter dem Hashtag #Spycops unterstützt die Kosmetikfirma Lush in Großbritannien eine Kampagne gegen den polizeilichen Missbrauch linker Aktivisten. Zuletzt sorgten in Nordirland Enthüllungen über verdeckte Ermittler aus London für Wirbel</p> <p>Nach der Enttarnung des britischen Polizeispitzels Mark Kennedy in 2010 gerieten verdeckte Ermittlungen in Großbritannien zunehmend in die Kritik. Das "Special Demonstration Squad" (SDS), das zur Metropolitan Police in London gehörte, hat seit 1968 mehr als tausend politische Gruppen im ganzen Königreich ausgespäht. Später wurde die Einheit umbenannt und durch eine andere ersetzt. ...</p>	papier
Xx056	<p>16/07/18/jungeWelt- Aufschlag in Havanna Diskussion um neue Verfassung in Kuba eröffnet. Entwurf hält an Sozialismus und Gemeineigentum an Produktionsmitteln fest. Von Volker Hermsdorf Kuba gibt sich eine neue Verfassung. Am kommenden Wochenende soll das Parlament in Havanna über einen ersten Entwurf beraten, aus dem die Tageszeitung <i>Granma</i> am Sonnabend Auszüge vorstellte. Anschließend sollen die Reformvorschläge in der Bevölkerung diskutiert werden. Wie das Zentralorgan der KP Kubas am Sonnabend berichtete, soll das Land künftig als »sozialistischer, demokratischer, unabhängiger und souveräner Rechtsstaat« definiert werden. Zu den wichtigsten Verfassungsgrundsätzen gehören demnach »die Freiheit der Bürger, die Garantie von individuellem Recht und sozialer Gerechtigkeit, Solidarität und Humanismus«. Die derzeitige Verfassung, die 1976 per Volksentscheid angenommen und 1992 sowie 2002 teilweise reformiert worden war, entspreche</p>	papier

Tr.	DB_044	Aufn.
	nicht mehr den aktuellen Bedingungen, begründete Staatspräsident Miguel Díaz-Canel das Projekt.	
Xx057	<p>16/07/18/TELEPOLIS- Der Exodus der Geldmensen Tomasz Konicz Flucht auf den Mars, Upload in die Cloud oder Rückzug in den Atombunker? Wie die Superreichen sich auf die Apokalypse vorbereiten Der Sozialwissenschaftler und Medientheoretiker Douglas Mark Rushkoff erhielt im vergangenen Jahr ein Angebot, das er kaum ablehnen konnte. Es sei das mit Abstand höchste Honorar gewesen, das ihm für einen Vortrag vor einem äußerst exklusiven Publikum in einem abgeschotteten Luxusressort für Superreiche angeboten wurde. Für den Gegenwert seines halben Jahresgehalts als Professor für Medientheorie und digitale Wirtschaft an der City University of New York sollte Rushkoff einen Vortrag samt Diskussionsrunde vor dem erlesensten Geldadel des Spätkapitalismus halten, vor einer Gruppe von rund hundert Investmentbankern, die Auskunft über das Thema "Die Zukunft der Technik" wünschten. ...</p>	papier
Xx058	<p>17/07/18/TELEPOLIS- Greenwashing ist ein Ablasshandel für die Reichen Reinhard Jellen Kathrin Hartmann über einen Ideologie-Apparat In Supermärkten und Bioläden ist die Verwendung von Gütesiegeln mit den Prädikaten "umweltfreundlich", "ressourcenschonend" und "sozial verträglich" inflationär geworden. In ihrem Buch Die Grüne Lüge - Weltrettung als profitables Geschäftsmodell geht Kathrin Hartmann dem Selbstbeweihräucherungsbusiness der Mega-Konzerne auf dem Grund, reiste in die Erzeugerländer und legt nebenbei die Grundstruktur einer höchst erfolgreichen, sozialdarwinistischen Ideologie frei.</p>	papier
Xx059	<p>18/07/18/4,8MB/df- Nachrichten 07:00 Sommer der "schrägen Lieder" alte Melodien mit schrägen Texten die Querköpfe. >mehrere MdB haben sich für ein deutlicheres Auftreten gegenüber den USA ausgesprochen. CDU Kauder fordert "mit einer Stimme" zu sprechen ...wieder die "Funke-Mediengruppe" CSU Dobrinth BRD müsse Forderungen energischer formulieren. FDP... die Linke Wagenknecht: ...nicht in Gewaltspirale und neue Kriege gezogen werden. Bü90/Grüne Hofreiter: ..unabhängiger von der Energieversorgung machen. >US-Trump hat seine Äußerungen zur Wahlmanipulation durch Russland zurück gezogen. ...und <i>bestätigte sie wiederum!</i> ...mit der Ergänzung, es könnten aber auch "Andere Leute gewesen sein! >Nicaragua, die Gewalt zwischen Regierung und Gegnern hält an. ...sie richten sich gegen den autoritären Regierungsstils Ortegas. >Rundfunkbeitrag, BuVerfGe verkündet Urteil: Frage, ist er eine Steuer? Zuständigkeit und veränderte Empfangsmöglichkeit. >Wetter 25-31Grad - 26-33Grad</p>	04:56
	Xx060_frei	
Xx063	<p>18/07/18/german-foreign-policy In die Rebellion getrieben BERLIN/BRÜSSEL/AGADEV (Eigener Bericht) - Die Flüchtlingsabwehr der EU führt zu neuen Spannungen in Niger und droht womöglich gar eine Rebellion im Norden des Landes auszulösen. Wie Berichte aus der Region bestätigen, hat die von Brüssel erzwungene Illegalisierung des traditionellen Migrationsgeschäfts besonders in der Stadt Agadez, dem Tor zur nigrischen Sahara, Zehntausenden die Lebensgrundlage genommen. Großspurig angekündigte Ersatzprogramme der EU haben lediglich einem kleinen Teil der Betroffenen wieder zu einem Job verholfen. Lokale Beobachter warnen, die Bereitschaft zum Aufstand sowie zum Anschluss an Jihadisten nehme zu. Niger ist ohnehin Schauplatz wachsenden jihadistischen Terrors wie auch gesteigerter westlicher "Anti-Terror"-Operationen: Während Berlin und die EU vor allem eine neue Eingreiftruppe der Staatengruppe "G5 Sahel" fördern - deutsche Soldaten dürfen dabei auch im Niger eingesetzt werden -, haben die Vereinigten Staaten ihre Präsenz in dem Land ausgebaut. Die US-Streitkräfte errichten zur Zeit eine Drohnenbasis in Agadez, die neue Spannungen auslöst. ...</p>	papier
Xx064	18/07/18/jungeWelt_ Das Ende des Rechtsstaats	papier

Tr.	DB_044	Aufn.
	<p>Gericht dokumentiert: Bei rechtswidriger Abschiebung von Sami A. hat das zuständige Bundesamt getäuscht. Kritik von SPD-Justizministerin Barley Von Ulla Jelpke Nach der Abschiebung eines mutmaßlichen »Gefährders« nach Tunesien am vergangenen Freitag sehen sich die zuständigen Behörden dem Vorwurf der Rechtsbeugung ausgesetzt. Die Rückführung von Sami A. war am Freitag morgen erfolgt, obwohl bereits am Vorabend ein Gerichtsbeschluss ergangen war, in dem diese für nicht zulässig erklärt worden war. Dieser war aber erst am Freitag früh zugestellt worden, als A. bereits im Flugzeug saß. Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen fordert nun die Rückholung des Mannes. Der sitzt allerdings in tunesischer Untersuchungshaft, wo ihm nach Ansicht der Richter Folter droht. Dieser Umstand war der Grund für das von ihnen ausgesprochene Abschiebungsverbot. ...</p>	
Xx065	<p>18/07/18/jungeWelt_ Rotlicht: Proletariat Von <i>Arnold Schölzel</i> Das »Kleine politische Wörterbuch« des Dietz-Verlages von 1983 versah das Stichwort »Proletariat« mit einem Hinweis auf »Arbeiterklasse«. Das Wort »Proletariat« war nach 1945 auch in sozialistischen Ländern weitgehend aus dem Sprachgebrauch verschwunden. Übriggeblieben sind »Prolet« oder »Proll« als verbale Anrempelung. Das erinnert daran, dass es auch in der Zeit der »Hochkonjunktur« des Begriffs »Proletariat«, zwischen 1840 und 1933, zwei Verwendungslinien gab: eine herabsetzende, pejorative im heutigen Sinne von »Unterschicht« und »schmuddelig« und eine andere, die »Proletariat« mit Klassenkampf, mit dem Anspruch der Arbeiterbewegung auf eigenständige Politik und Kultur, auf Überwindung des Kapitalismus verband. ...</p>	papier
Xx066	<p>18/07/18/jungeWelt_ Vom Bock zum Gärtner? IWF fordert Regierungen auf, Armut zu bekämpfen. Kürzungspolitik soll aber fortgesetzt werden Von Klaus Wagner Das Team des Internationalen Währungsfonds (IWF) um Maurice Obstfeld gehört offensichtlich zu den Optimisten. Die NATO zerlegt sich beinahe, die Europäische Union steckt in einer tiefen Krise, die G 7 gehen nach offenem Streit ergebnislos auseinander und das Gravierendste: Die USA haben gerade einen veritablen Handelskrieg gegen die VR China vom Zaun gebrochen – den nach Ansicht der Chinesen größten der Geschichte.</p>	papier
Xx067	<p>18/07/18/TELEPOLIS Bieten ARD und ZDF Orientierung? Paul Schreyer Ein ARD-Bericht verdreht den Wortlaut des Bundesverfassungsgerichtsurteils zum Rundfunkbeitrag Das Bundesverfassungsgericht hat den Rundfunkbeitrag heute für grundsätzlich verfassungsgemäß erklärt. Die ARD-Rechtsredaktion schreibt dazu: Der Rundfunkbeitrag ist grundsätzlich rechtmäßig. (...) Grundsätzlich sei alles in Ordnung, sagen die Verfassungsrichter. (...) Die Menschen hätten einen ganz konkreten Vorteil durch die Vielfalt der Anbieter, die, wie sie sagen, durch 'authentische, sorgfältig recherchierte Informationen' Orientierungshilfe böten. <i>ARD</i> Der öffentlich-rechtliche Rundfunk bietet laut Gericht also "Orientierungshilfe durch sorgfältig recherchierte Informationen"? Da könnte mancher widersprechen wollen. Und ein Blick in das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zeigt auch: So haben die Richter das gar nicht gesagt. Die ARD hat es "hineingelesen".</p>	papier
Xx068	<p>18/07/18/TELEPOLIS- Die Zentralbanken Ernst Wolff Zehn Jahre nach dem Höhepunkt der Krise von 2007/08 gibt es im Großen und Ganzen drei unterschiedliche Bewertungen der aktuellen Situation im Finanzsystem: Zum einen wird behauptet, das System habe sich erholt, die Probleme seien überwunden und sämtliche Crash-Propheten damit widerlegt. Zum anderen heißt es, keines der Probleme sei gelöst und wir stünden vor einer neuen, weitaus schlimmeren Krise als vor zehn Jahren. Einer dritten Meinung zufolge sind die Probleme zwar nicht gelöst, die Verantwortlichen aber in der Lage, das System durch gezielte Maßnahmen unbegrenzt am Leben zu erhalten.</p>	papier

Tr.	DB_044	Aufn.
	Dass sich drei so unvereinbare Standpunkte herausbilden konnten, liegt am Finanzsystem selbst: Es befindet sich derzeit auf absolutem Neuland, da es seit dem Beinahe-Crash von 2008 fast ausschließlich von einem einzigen Phänomen beherrscht wird: der allumfassenden Manipulation durch die Zentralbanken.	
xyz	<p>Xx069_</p> <p>Xx070_18/07/18/65MB/WDR 5 - Profit</p> <p>Das Wirtschaftsmagazin Oliver Thoma</p> <p>>die Milliardenstrafe gegen Google und wie er seine marktbeherrschende Stellung missbraucht.</p> <p>>BRD-Regierung Hubertus Heil will, mit Milliardenprogramm, Arbeitslosen helfen, wer kann davon profitieren? Arbeitgeber sollen bis zu 100% Zuschüsse bekommen. Gewerkschaften und Sozialverbänden reichen diese Pläne nicht aus. Geltend für 840tsd. Langzeitarbeitslosen, 100-150tsd. Härtefälle. BfA Detlef Schäle erklärt: ...ein sozialpolitisches Programm, damit Kinder sehen, das ihre Eltern zur Arbeit gehen und sich nicht "Abgehängt" fühlt. Max. 5Jahre Lohnkostenzuschuss vom Mindestlohn dann um 10% sinken. ...das langt nicht es besteht Optimierungsbedarf.</p> <p>Das klingt nach ABM! ...kaum Chance auf "ersten Arbeitsmarkt"!</p> <p>>Volks- und Raiffeisenbanken und die Folgen von Fusionen. Wie groß muss- darf eine Bank sein?</p> <p>die Wirtschaftsnachrichten</p> <p>>Nebenwirkungen der US-Zölle.</p> <p>>Nebenwirkungen der US-Zölle.EU führt Sonderabgaben 25% auf Stahlprodukte ein.</p> <p>>KfB Bankengruppe hat Kredite von 9,7Mrd.€ an "Schwellen- und Entwicklungsländer" vergeben. Ein Beitrag zum Frieden und zu den Fluchtursachen geleistet! ...das ist ein Witz, oder?</p> <p>>Eurowings überfordert.</p> <p>>Ernteausfälle durch Hitze mangelndem Regen, ein existenzbedrohendes Ausmaß, vor allem Tierfutter.</p> <p>> mit Streeming mehr Eingenommen als mit CD's</p> <p>>Bund der Steuerzahler Volkseinkommen im Verhältnis zu zu zahlenden Steuern. 54% Belastung. Die Kritikpunkte. Forderungen des Bund der Steuerzahler. Der Internationale Vergleich, bei großen Verdiensten sehr zurückhaltend!</p> <p>>privat Krankenversicherte und was sie am meisten ärgert. Die Selbstbeteiligung. Rückkehrer und Kinder.</p>	26:07
	Xx073_frei	
	Xx074_frei	
xyz	Xx075_19/07/18/941MB/Das Erste - Tagesschau	
Xx076	<p>19/07/18/305MB/Dlf Kultur - Zeitfragen Forschung und Gesellschaft</p> <p>Moderation: Lydia Heller</p> <p>Herford/Minden</p> <p>Telemedizin: Zusammenarbeit Berliner Charité und Klinik Herford</p> <p>Neue Wege in der Ausbildung von Medizinstudenten</p> <p>Reportage von Margarete Wohlan</p> <p>Die kleineren Kliniken in Herford und Minden haben sich im Jahre 2016 zusammengetan und eine Kooperation mit der Uniklinik Bochum initiiert. Die angehenden Ärzte können die letzten 2 Jahre ihres Studiums in Minden und Herford absolvieren. Was bringt das und wie kommt das Modell bei Lehrenden und Lernenden an? Margarete Wohlan hat das Projekt über zwei Jahre begleitet.</p> <p>Feature: Orthese, Prothese, Exoskelett</p> <p>Technik für den Körper</p> <p>Von Elmar Krämer</p> <p>(Wdh. v. 30.03.2017) Kaputte Gelenke, amputierte Gliedmaßen - es gab eine Zeit, da führte all das zum Ende von freier Bewegung und natürlich auch sportlicher Aktivität. Heute sind sie eine der Herausforderungen für die Medizintechnik. Von Orthesen, die den Körper da stützen, wo er es selbst</p>	

Tr.	DB_044	Aufn.
	<p>nicht mehr kann, über Prothesen, die auch dafür sorgen, dass beispielsweise der Olympiasieg über 1.500 Meter im Jahr 2016 bei den Paralympics desselben Jahres gleich vier Mal unterboten wurde, bis zum Exoskelett, das Querschnittsgelähmte wieder auf zwei Beinen laufen lassen soll und das im militärischen Bereich den Traum vom Supersoldaten auf eine neue Ebene hebt - technische Ersatz- oder Zusatzteile lassen den Menschen weiter funktionieren, wenn der Körper es allein nicht mehr schafft.</p>	
Xx077	<p>19/07/18/3,6MB/dlf- Nachrichten 07:30 >Türkei, Ausnahmezustand, von vor 2Jahren, beendet (Putschversuch) <i>kurzer Rückblick</i> >SPD-BuPräs. Steinmeier hat angesichts US-Trump "neues europäisches Selbstbewusstsein" angemahnt. BuAusMin. Maas will für einen ständigen BRD-UN-Sicherheitsratsitz eintreten. >Australien Präs. Turnbull appelliert an Papst einen Erzbischof abzusetzen, schuldig wegen Kindsmisbrauch >immer mehr Forschungsstudien werden in Scheinwissenschaftliche Verlagen veröffentlicht. Diese Verlage würden grundsätzliche Regeln der Qualitätssicherung nicht beachten.</p>	03:43
Xx078	<p>19/07/18/jungeWelt- Um Rock 'n' Roll zu spielen für euch Hunderttausende pilgerten vor 30 Jahren nach Berlin-Weißensee. Das größte Rockkonzert der DDR am 19. Juli 1988 mit Bruce Springsteen und der E Street Band wird heute von Geschichtsklitterern eifrig missgedeutet Von Michael Merz Dieses Konzerts wurde nach 1990 grundsätzlich uminterpretiert. Grau in Grau sollte ab sofort das Bild der DDR sein – auch in der Historiographie spektakulärer Großereignisse. Dass die Menschen, die in der sozialistischen Republik lebten, Spaß haben konnten, darf einfach nicht sein. Bruce Springsteen spielte das größte der Megakonzerte des Sommers 1988. James Brown, Joe Cocker, Depeche Mode waren in diesem Jahr im Osten, und noch einige mehr. Und ja, die Urgewalt dieser Konzerte mit Hunderttausenden Zuschauern war etwas Neues zwischen Ostsee und Vogtland. Dass sie in den späten 80ern wie selbstverständlich über die Bühne gingen, zeigte, was alles möglich geworden war. Und jeder hatte die Chance dabeizusein. Springsteen zu einem Sargnagel der DDR zu deklarieren – in Fernsehdokus, Radiosendungen und Büchern wird regelmäßig behauptet, er habe die Initialzündung zur Maueröffnung gegeben – ist eine der abwegigen Deutungen der Aufarbeiter.</p>	papier
	Xx079_frei	
xyz	<p>Xx080_19/07/18/2,6GB/PHOENIX - Die Macht der Elektronengehirne - Die Geschichte der naja!</p>	
	Xx083_frei	
Xx084	<p>19/07/18/295MB/WDR 5-Neugier genügt Rassismus in Maffays Tabalugahaus? Ferienfreizeit für sozial benachteiligte Jugendliche: Mit diesem Ziel hat Peter Maffay die Tabaluga-Stiftung gegründet. Doch im rumänischen Dorf Radeln werden gegen den Verwalter des Hauses schwere Vorwürfe erhoben. Roma aus dem Dorf Radeln in Siebenbürgen erheben Rassismus- und Gewaltvorwürfe gegen den Verwalter der rumänischen Tabaluga Stiftung, die der Musiker Peter Maffay 2009 gegründet hat. Sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche aus Rumänien oder Deutschland können dort Ferien machen. Der Verwalter des Tabalugahauses soll Dorfbewohner rassistisch beleidigt, bedroht, getreten und geschlagen haben. Gegenüber dem ARD Studio Wien weist er alle Vorfälle entschieden zurück. Doch zahlreiche Dorfbewohner bleiben bei den massiven Vorwürfen. Von den rund 300 Menschen in Radeln sind die meisten Roma. Einige sind Viehzüchter, doch die meisten leben als Tagelöhner und Hirten mehr schlecht als recht und viele im Dorf sind sehr arm. Peter Maffay engagiert sich seit Jahren gegen die Diskriminierung von Roma, Rassismus und Antisemitismus und spielte bei Rock gegen Rechts. Im März 2018 wurde er für sein Engagement gegen Rassismus mit der renommierten Buber-Rosenzweig-Medaille geehrt. Was die Rassismus- und</p>	19:16

Tr.	DB_044	Aufn.
	<p>Gewaltvorwürfe angeht, stellt sich der 68-jährige Musiker hinter seinen Verwalter.</p> <p>Autorin: Andrea Beer Redaktion: Valentina Dobrosavljevic</p>	
Xx085	<p>19/07/18/1,6GB/ZDF - Frontal 21 Ilka Brecht Ende fehlt!</p> <p>>Die Berufsunfähigkeitsversicherung die Konzerne verweigern oft die Bezahlung mit dem Verweis auf das "Kleingedruckte". Die private Vorsorge ist besorgniserregend schlecht, dazu C-D Gorr: ...oft ein Marktversagen, keine eindeutige Begriffsklärung, das sorgt im Leistungsfall für Ärger. Beraterin für Berufsunfähigkeit Heike Maurath. Das hat die Politik zu verantworten: SPD-Schröder und SPD W. Riester mit der Rentenreform.Dazu Prof. S. Sell: ...Staat hat funktionierende Versicherung gekillt um Geld zu sparen und Menschen an die privaten Versicherungen verwiesen. Ohne den Versicherungen klare Vorgaben zu geben um diese vor Missbrauch zu schützen! Joachim Laux das Hauptproblem ist die verzögerte Leistungsbearbeitung. 08:02 MdB S. Ryglewski: ...man hatte damals zu große Hoffnung auf die private Versicherungen gelegt.Es war der Zeitgeist...soso! SPD will Nacharbeiten und Gesetze schaffen. Richtwerte für Bearbeitungsdauer. Nur durch Medien-druck Frontal 21, der Medien wurde einem Betroffenen sofort geholfen.</p> <p>>Asylsstreit und der Masterplan von CSU H. Seehofer, am Beispiel Ingolstadt, Ablenkung von wichtigeren Problem, prekäre Arbeitsbedingungen bei AUDI, Altersarmut? Wahlkampf? Stimmen von CSU- SPD- Wählern, die AfD. Das Transitzentrum für Flüchtlinge mit geringer Bleibe-perspektive. 15:50 CSU-Mitglied K. Spindler: ...wir können ja nicht die ganze Welt retten! klagt über Fachkräftemangel, Polizei, Bundeswehr Sicherheit, da müssen wir was tun!</p> <p>>Seenot- Flüchtlingsrettungen sind für den BuInnen+HeimatMin. Seehofer ein "Shuttle" den es nicht geben darf und für seinen ital. Amtskollegen Matteo Salvini, der "verlängerte Arm" der Schlepper. Schiffe werden jetzt abgewiesen. Sogar von FRONTEX Gerettete konnten in Italien nicht an Land gehen. Dazu Lifeline Kapitän C-P Reisch. Die Retter werden vor Gericht gestellt. Rückblick auf Aussagen von Politikern 2013. Der EU-Gipfel 2018 entscheidet sich für ein abgeschottetes Europa.Ungar. MinPräs. Orban: endlich tun wir, was die Bevölkerung erwartet! 23:02 Intern. Organisation für Migration (IOM) Federico Soda. 1Jahr Marenostrum dann keine EU-Gelder mehr. FRONTEX und SOFIA übernahmen, Ziel Abschreckung nicht Rettung. Dazu "See-watch" Ruben Neugebauer. Lybien die "Gefangenenlager" für Flüchtlinge.</p> <p>Nachgehakt</p> <p>Osmanen Germania und seine Verbindungen zum türk. Staat.Sie bedrohen Kurden und Erdogan Kritiker. Seehofer hat Osmanen Germania wegen organisierter Kriminalität.</p> <p>>Berlin-Neukölln Kepler-Schule im "sozialem Brennpunkt" eine 6Monatige Begleitung. Lehrer tun das, was Politik versäumt hat. Frage an die Schüler: was ist Heimat? ..naja</p>	
xyz	<p>Xx086_20/07/18/2,7GB/arte - Hoanib - Heimat der Wüstenelefanten Tierfilm</p> <p>naja</p>	
Xx087	<p>20/07/18/1,6GB/arte - Ackern für die Zukunft</p> <p>Gartenvielfalt ohne Chemie</p> <p>Die Weltbevölkerung wächst. Schon heute sind die Böden oft ausgelaugt und bringen weniger Ertrag. Dünger und Pestizide haben die Ernten bisher stabilisiert. Aber wie lange geht das noch gut? „Re:“ zeigt, wie man mit Äckern und Pflanzen anders umgehen kann und trotzdem genug erntet: mit Hilfe dauerhafter und nachhaltiger Landwirtschaft, der Permakultur.</p> <p>Die Permakultur orientiert sich an den Kreisläufen der Natur und versucht, ein geschlossenes Ökosystem nachzustellen. Zwei, die dieses Prinzip in die Tat umsetzen, sind der Sternekoch Ricky Saward und der Gärtner David Schäfer. Auf nur drei Hektar baut Schäfer unterschiedliche Gemüse, Kräuter, Obstsorten und Pilze an – 150 bis 200 verschiedene Arten gedeihen dort bunt durchmischt. Das ermöglicht einen nachhaltigen Umgang mit dem Boden. Alle Lebensmittel, die Ricky Saward in seinem vegetarischen Restaurant verwendet, stammen aus David Schäfers Garten.</p> <p>Noch einen Schritt weiter geht die südfranzösische Stadt Albi: Sie will ihre knapp 50.000 Bewohner nur noch mit Lebensmitteln aus der Region versorgen. Möglich werden soll diese Vision durch die Permakultur. Dazu vergibt die Stadt Land an Menschen, die einen Permakultur-Garten anlegen wollen. Pflanzen, Säen und Ernten erfolgt dabei ausschließlich in Handarbeit. Auf Chemikalien,</p>	30:01

Tr.	DB_044	Aufn.
	<p>Dünger oder Pestizide wird komplett verzichtet. Monokulturen gibt es nicht. „Re:“ trifft Jean-Michel Bouat, im Bürgeramt zuständig für urbane Landwirtschaft, auf seinem Rundgang durch die Stadt und schaut, wie weit der Traum schon Realität geworden ist.</p> <p>Auch in Belgien hat die Idee der Kreislaufwirtschaft überzeugte Anhänger: Bereits vor 40 Jahren haben Gilbert und Josine Cardon ihren Hinterhof-Garten so angelegt. Auf 1.800 Quadratmetern wachsen 2.000 Bäume und etliche Obst- und Gemüsesorten. Einmal die Woche öffnet das Ehepaar die Pforten ihres Anwesens für Interessierte: Die beiden 80-Jährigen wollen möglichst viele Menschen für Permakultur begeistern.</p>	
Xx088	<p>20/07/18/2,3GB/arte - Tote Tiere kranke Menschen doku von Andreas Rummel Ende fehlt!</p> <p>Glyphosat und seine Folgen: Seit Mitte der 90er Jahre werden Teile Europas von einem geheimnisvollen Tiersterben heimgesucht. In den Ställen verenden Tausende Rinder. Die Landwirte kämpfen in ihren Beständen mit Fruchtbarkeitsproblemen, Fehlgeburten, missgebildeten Kälbern. Und: Sie erkranken selbst. Wissenschaftler stehen lange vor einem Rätsel, bis man in den Tieren hohe Mengen des Totalherbizids Glyphosat, des weltweit am häufigsten eingesetzten Pestizids, findet. Allein in der europäischen Landwirtschaft Europas werden jährlich Millionen Liter glyphosathaltiger Pestizide eingesetzt.</p>	43:00
Xx089	<p>20/07/18/22,2MB/Dlf Kultur - Kakadu die Erde</p> <p>Feuer, Wasser, Luft und Erde hielten die Griechen einst für die Bausteine dieser Welt. Und noch immer haben diese vier Elemente eine besondere Bedeutung für uns Menschen.</p> <p>Eigentlich müssten wir sie auf Händen tragen - so kostbar ist sie. Stattdessen treten wir sie täglich mit Füßen: die Erde. Sie ist so etwas wie die Haut unseres Planeten und ohne sie gäbe es bei uns kein Leben. Nicht mal die Bewohner der Ozeane könnten ohne den Boden am Meeresgrund leben. Worin also liegt das Geheimnis dieses Elements? Inwiefern ist Erde Ursprung und Ende allen Lebens und warum haben Menschen die Mutter Erde jahrtausendlang als Gottheit verehrt? Wir finden es heraus und gehen der Erde sozusagen auf den Grund.</p>	23:06
Xx090	<p>19/07/18/dlf-Kultur Kakadu Entdeckertag</p> <p>heute wühlen wir im "Dreck" eigentlich ein falsches Wort! Wir wühlen in der Erde Was ist denn die Erde? Kinder antworten. Die Geschichte der "Erdentwicklung". Es ist die "Haut" der Erde.</p>	23:06
Xx092	<p>20/07/18/ TELEPOLIS- Türkische Truppen sind mit Luftunterstützung im Nordirak einmarschiert Florian Rötzer Die islamistischen Milizen der Türken hausen in Afrin ungehindert wie Vandalen.</p> <p>Türkische Truppen haben am Sonntag mit ihren islamistischen Milizen am Sonntag Afrin unter Kontrolle gebracht. Obgleich die Stadt bereits am Samstag weitgehend evakuiert war und bereits die Milizen in sie offenbar kampflos eingedrungen waren, zog die türkische Regierung den 18. März für die Siegesmeldung vor, weil zu diesem Datum 1915 die Schlacht von Cannakale (Schlacht von Gallipoli) die Osmanen einen Angriff britischer und französischer Kriegsschiffe zurückschlügen (Die Einnahme einer verlassenen Stadt[1]).</p> <p>Nach Berichten wurden Einwohner der Stadt exekutiert, Hunderte von Männern verschleppt, Menschen misshandelt[2]. Wie wilde Horden plünderten die islamistischen Kämpfer der sogenannten Freien Syrischen Armee Häuser und Läden, klauten Fahrzeuge und Mopeds und steckten Geschäfte in Brand, die Alkohol verkauften. Das ist belegt[3] durch zahlreiche Bilder[4], die türkischen Truppen ließen den bewaffneten Banden freie Bahn und schritten nicht ein. In türkischen Medien wird selbstverständlich davon nicht berichtet.</p>	papier

Tr.	DB_044	Aufn.
Xx093	<p style="text-align: center;">Exklusive Demokratie</p> <p>20/07/18/jungeWelt- Von der Knesset verabschiedetes Gesetz erklärt Israel zum »Nationalstaat des jüdischen Volkes« Von Wiebke Diehl In der Nacht zu Donnerstag hat die Knesset nach langer und hitziger Diskussion in zweiter und dritter Lesung mit 62 zu 55 Stimmen ein Gesetz verabschiedet, das Israel zum »Nationalstaat des jüdischen Volkes« erklärt. Vergangene Woche hatte das Außenministerium des Landes den EU-Botschafter in Israel, Emanuele Giaufret, einbestellt und gerügt, weil er gesagt hatte, das »Nationalstaatsgesetz« rieche nach »Rassismus« und sei dazu geeignet, das internationale Ansehen Israels zu beschädigen. Das »Nationalstaatsgesetz« ist eines von nunmehr 16 »grundlegenden Gesetzen«, die Verfassungsrang genießen und nur schwer veränderbar sind.</p>	papier
Xx094	<p style="text-align: center;">Pharmalobbyisten im Amt</p> <p>20/07/18/jungeWelt- Firma brachte offenbar gestohlene und wirkungslose Krebsmedikamente in Umlauf. Staatsanwalt ermittelt, Behörden und Politik schauten lange weg Von Susan Bonath Kriminelle Pharmaunternehmer schmuggeln mutmaßlich aus einer griechischen Krankenhausapotheke gestohlene Krebsmedikamente nach Deutschland. Durch falschen Transport werden diese unbrauchbar. Eine Brandenburger Firma vertreibt sie. Zwar ermittelt die Staatsanwaltschaft und auch die Landesbehörden wissen Bescheid. Doch niemand unternimmt etwas – anderthalb Jahre lang. Erst ein Bericht des <i>ARD</i>-Magazins »Kontraste« aus der vorherigen Woche hat die Politik nun offenbar aufgeschreckt.</p>	papier
Xx095	<p style="text-align: center;">Welt ohne Arbeit</p> <p>20/07/18/2,2GB/PHOENIX - Die große Veränderung von Noel Mamère und Philippe Borrel zum Anfütern Arbeitswelt4.0 Fahrerlose Autos und LKW, virtuelle Rezeptionistinnen, Roboter die Servicearbeiten übernehmen oder Bewerbungsgespräche führen - all das ist in Teilen der USA bereits Realität geworden. In zwanzig Jahren sollen fast 50 Prozent der amerikanischen Arbeiter keinen Job mehr haben. Besonders gefährdet sei der Niedriglohn-Sektor, denn die technische Entwicklung werde diese Arbeiten überflüssig machen. In Anbetracht dieser Aussichten bekommt die Debatte um ein "Bedingungsloses Grundeinkommen" neue Brisanz. Fahrerlose Autos und LKW, virtuelle Rezeptionistinnen, Roboter die Servicearbeiten übernehmen oder Bewerbungsgespräche führen - all das ist in Teilen der USA bereits Realität geworden. In zwanzig Jahren sollen fast 50 Prozent der amerikanischen Arbeiter keinen Job mehr haben. Besonders gefährdet sei der Niedriglohn-Sektor, denn die technische Entwicklung werde diese Arbeiten überflüssig machen. In Anbetracht dieser Aussichten bekommt die Debatte um ein "Bedingungsloses Grundeinkommen" neue Brisanz. Das WELTjournal+ taucht ein in die Welt der Robotik - der sogenannten neuen industriellen Revolution - spricht mit Befürwortern und Gegnern und mit Visionären, die ein klares Bild der Zukunft haben, in dem Roboter und Computer den Arbeitsmarkt von Grund auf verändert haben.</p>	42:07
Xx096	<p style="text-align: center;">Wir Sklavenhalter</p> <p>20/07/18/2,3GB/PHOENIX - Ausbeutung in Deutschland von Joanna Michna „Sklaven und Zwangsarbeiter gibt es bei uns nicht“, denken viele. Keine Frage: Die Zustände in asiatischen Textilfabriken, auf den Kakao- und Kaffeeplantagen oder in den Käfigen von Shrimp-Fischern im Pazifik sind auch hierzulande inzwischen bekannt. Aber Sklaverei direkt vor unserer Haustür? Gibt es das? Und wenn ja: Profitieren wir etwa alle davon? Wir machen uns in Deutschland auf die Suche nach Menschen, die wie Sklaven behandelt werden. Wir treffen Schlachtarbeiter, Pflegekräfte privater Haushalte, Frauen, die nach Deutschland verkauft und prostituiert wurden, und Flüchtlinge, die in Gefahr sind, Deutschlands nächste Schattenarbeiter zu werden. Wir suchen nach Formen von illegaler Beschäftigung. Wir beschreiben die Grenze zwischen schlecht bezahlten Jobs, Menschenhandel und moderner Sklaverei. Wir sprechen mit Betroffenen, Helfern, Polizisten und Experten. Im vergangenen Jahr hat Papst Franziskus den Menschenhandel als „eine schädliche Plage, unwürdig einer zivilen Gesellschaft“ bezeichnet und anlässlich des Welttages zur Abschaffung der Sklaverei Anfang Dezember gemeinsam mit Spitzenvertretern anderer Kirchen und Weltreligionen eine</p>	42:45

Tr.	DB_044	Aufn.
	<p>Erklärung unterzeichnet. Darin wird jede Form von Menschenhandel als Verbrechen gegen die Menschheit und als moderne Form der Sklaverei verurteilt, eingeschlossen Zwangsarbeit, Zwangsprostitution und Organhandel.</p> <p>Weltweit leiden 20,9 Millionen Menschen unter Zwangsarbeit, so schätzt die Internationale Arbeitsorganisation (IAO). Dazu kommen laut Hilfsorganisationen mehr als 100 Millionen Menschen, die in Sklaverei-ähnlichen Verhältnissen leben. Auch der Kinderhandel nimmt laut UNICEF weltweit zu. Und Europa? 500.000 Menschen seien hierzulande von Zwangsarbeit betroffen, so schätzt der Europarat. Wir wollen herausfinden: Wie funktioniert das System der Ausbeutung? Und sind wir alle Profiteure dieser Schattenwirtschaft?</p> <p>10:30 GroKo 2016 Reform des Arbeitnehmer Überlassungsgesetzes SPD Nahles verkündet stolz die Arbeitsergebnisse: „...es wird klare Regeln geben um den Missbrauch bei Leiharbeit und Werksvertreten zu bekämpfen. Gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Max.18Monate auf selber Stelle. Gleicher Lohn spätestens nach 9 Monaten! Die neuen Regeln greifen ins Leere! Dazu Johannes Brinkhaus: ...dann werden sie eben vorher entlassen! ..ist Nahles so doof oder tut sie nur so? in beiden Fällen unfähig bis strafwürdig!</p> <p>12:58 Ein Blick in Senioren-die Pflege: „billige Pflege „ rund um die Uhr!“ Dazu Nadja Kluge. Am Beispiel Maya Krasteva, 24Std in einem Apartment eingeschlossen, raus nur für Einkauf und Rezepte. Die Kunden bedrohten sie sogar, würde nie mehr Arbeit in BRD bekommen kriegt einen „Schwarzen-Stempel“in den Pass. Erklärung zur Arbeitsausbeutung §323, was ist das?</p> <p>17:10 Die Sex-Industrie und wieder ein mangelhaftes Gesetz! „Kritiker meinen es ist eher ein Schutzgesetz für Zuhälter oder Bordell-Betreiber! Am Beispiel einer Zwangsprotituierte aus Romänien. Dazu Cathrin Schauer-Kelpin 22:50 die BRD-Freier werden brutaler, sobald sie die Grenze übertreten. als ob sie den letzten Rest Moral Zuhause lassen. Für Geld geht alles! Autobahnkontrollen, die Polizei, viel Vermutung keine Beweise. 27:50 eine Zwangsprotituierte erzählt. 30:59 was kann Gesellschaft und Politik zum Handeln bewegen? Dazu Sabine Constabel vom „Sister e.V“. 32:31 eine Gesetzes-Novelle durchzu setzen der Regeln ist Länder/Gemeindeaufgabe. Staatssek Elke Ferner SPD ... Bordelbetreiber müssen eine Zuverlässigkeitserklärung „durchlaufen“. Kritik: wer bezahlt die Kontrolleure? Wer soll Beweisführung machen? Daran wird es hapern und Scheitern! die SPD wieder nix gelernt! und shit geliefert! 34:20 die Flüchtlinge, extrem gefährdet in jeder Form ausgebeutet und versklavt zu werden. Dazu Victoria Baxter die Basis e.V ...Auslösen der Flüchtlinge aus Gefangenschaft. Keinen Lohn zahlen. Sexuelle Übergriffe.</p>	
Xx097	<p>20/07/18/TELEPLOIS- Israel stärkt religiös-ethnischen Staat Florian Rötzer Das israelische Parlament hat knapp das "Nationalitätsgesetz" verabschiedet, das Juden privilegiert und dem Arabischen nur noch einen Sonderstatus gewährt. Israel spielt eine negative Pionierrolle, nachdem das Parlament mit einer knappen Mehrheit 62 zu 55 Stimmen und 2 Enthaltungen das sogenannte "Nationalitätsgesetz" angenommen hat. Es ist ein Grundgesetz mit Verfassungsrang. Knapp und deutlich wird hier Israel von einer Demokratie mit der Gleichberechtigung aller Bürger zu einer rassistisch, zumindest ethnisch und religiös definierten Nation, die Juden explizit privilegiert. Dabei versteht und verkauft sich Israel immer als die einzige Demokratie im Nahen Osten.</p>	papier
Xx098	<p>20/07/18/482MB/ZDF - heute Brigitte Bastgen >Pressekonferenz, BRD-Merkel beklagt eine Verwahrlosung der politischen Kultur und Verrohung der Sprache in der politischen Auseinandersetzung. Dazu S. Wagenknecht: ..die Gefahr ist, das sich die Regierung weiter durchmogelt. Kritik der FDP Christian Dürr. >Lübeck Gewalttat in einem Linienbus, mehrere Verletzte. Täter soll mit einem Messer umsich gestochen haben. Dazu Heike Kruse >Italien verschärft weiter seine Flüchtlingspolitik, will auch keine Geretteten von SOFIA aufnehmen. Was will Italien damit erreichen? dazu Alexander von Dobeck: ..3 Dinge ...macht euch</p>	10:07

Tr.	DB_044	Aufn.
	<p>nicht auf den Weg, keine Hilfe zu erwarten. >Brexit Verhandlungen, London legt Wunschliste für "weichen Brexit" vor. <i>Beispiele</i> >US-Strafzölle auf alle China-Importe. Dazu Stephanie Barret. >Frankreich Macron-Leibwächter festgenommen nachdem er auf einer Demo einen Teilnehmer prügelt und unberechtigt einen Polizeihelm trägt.</p>	
	Xx099_frei	
xyz	<p>Xx100-01_21/07/18/2,6GB/PHOENIX - Australiens schönste Küstenstraße (1_3) raus?</p> <p>Xx100-02_21/07/18/2,6GB/PHOENIX - Australiens schönste Küstenstraße (2_3) raus?</p> <p>Xx100-03_21/07/18/2,6GB/PHOENIX - Australiens schönste Küstenstraße (3_3) raus?</p>	
Xx103	frei	
	Xx104_frei	
xyz	Xx105_21/07/18/8,6MB/dlf-GAZA-Abwasser-	
Xx106	<p>22/07/18/49MB/BR2-ZFG- „Wir müssen unsere Frauen schützen“ Über den Erfolg einer rechten Erzählung“ von Sebastian Dörfler ZSP 01 Tweet Bad Segeberg Reporter: „Ein 50-jähriger Deutscher schreit eine schwangere Syrerin in Bad Segeberg so lange an, bis sie zusammenbricht. Er macht auch noch weiter, als sie am Boden liegt. Ihr Sohn bekommt einen Schock.“ ZSP 01 Tweet Sound Eine Attacke, wie sie jeden Tag mehrfach irgendwo in Deutschland stattfindet. 1900 Straftaten gegen Geflüchtete zählte das Bundesinnenministerium im Jahr 2017, Opferberatungsstellen sprechen von deutlich mehr.</p>	55:00
Xx108	<p>23/07/18/jungeWelt- Kein Versehen Günter Benser schreibt als Historiker und Zeitzeuge über den Anschluss der DDR an die BRD Von Werner Röhr</p> <p>Der 1931 geborene Historiker Günter Benser forschte jahrzehntelang zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Er hatte sich auf die Wiedergründung der Arbeiterparteien unmittelbar nach der Befreiung vom Faschismus 1945, auf die Vereinigung von KPD und SPD zur SED 1946 und auf die Spaltung Deutschlands 1948/49 spezialisiert. Aus dem Umkreis dieser Arbeiten entstand vor einiger Zeit sein Buch »Ulbricht versus Adenauer. Zwei Staatsmänner im Vergleich«. Bensors nun vorliegende kritische Rekonstruktion der Politik der Regierung Kohl zur systematischen Zerstörung des Gesellschaftssystems der DDR nach dem euphemistisch »Beitritt« genannten Anschluss der DDR an die BRD umfasst im wesentlichen zwei Stränge. Einmal die Politik der Auflösung der DDR und der Beseitigung aller ihrer Eigenheiten des gesellschaftlichen Lebens, das buchstäbliche Überstülpen bundesdeutscher Regelungen und Praktiken bis zum letzten Komma, vom Finanz- und Wirtschaftssystem über das Bildungs-, das Gesundheits-, das Rentensystem etc. Der zweite Strang umfasst seine Analyse der anschließenden systematischen Verfälschung und Glorifizierung dieser Anschlusspolitik in der Historiographie und politischen Publizistik.</p>	papier
Xx109	<p>25/07/18/TELEPOLIS- Die Privatisierung der GBW Ein bayerisch-europäischer Immobilienkrimi Walter Gröh Um marktwirtschaftliche Gemeinheiten und Privatisierungen durchsetzen zu können, müssen Interessen aus Brüssel und aus der Provinz zusammenkommen. Und am Ende will's dann keiner</p>	papier

Tr.	DB_044	Aufn.
	<p>gewesen sein. Ein Immobilienkrimi aus dem weiß-blauen Freistaat. Ausgangspunkt: bezahlbare Wohnungen in ganz Bayern Bis 2013 konnten "sozial Schwächere" mitten in München einigermaßen schön und günstig wohnen, z.B. für knapp 10 € pro Quadratmeter kalt in Schwabing-West. Gebaut und betrieben wurden die Sozialwohnungen von der GBW, der Gemeinnützigen Bayerischen Wohnungsgesellschaft. In ihrem Bestand sind knapp 33.000 landeseigene Wohnungen für 85.000 Mieter.</p> <p>Die GBW hatte sich am Wiederaufbau zerbombter Städte in den Großräumen München und Nürnberg/Erlangen und in 20 bayrischen Städten und am Bau von 48.000 Sozialwohnungen, die der Münchner Stadtrat 1960 beschlossen hatte, beteiligt.</p> <p>Die größte deutsche Wohnungsprivatisierung Schon 2012 hatte die BayernLB-Tochter Deutsche Kreditbank (DKB) ihre DKB Immobilien AG mit 25.000 Wohnungen für knapp eine Milliarde Euro an den Hamburger Investor TAG Immobilien AG verkauft. Und am 08. April 2013 verkaufte die Konzernmutter BayernLB, die ab 2008 nach Fehlspekulationen vor der Pleite stand, ihre GBW an private Investoren. Der Freistaat Bayern unter Ministerpräsident Seehofer und Finanzminister Söder hatten den größten Immobiliendeal Deutschlands in einem einzigen Streich durchgeführt.</p> <p>Ein vom Augsburger Immobilienunternehmen "Patrizia Alternative Investments" geführtes Investorenkonsortium bekam den Zuschlag und kaufte die Aktienmehrheit an der GBW AG für 2,453 Milliarden Euro. "Die Entscheidung für die PATRIZIA erfolgte im Rahmen eines mit der EU-Kommission abgestimmten transparenten und diskriminierungsfreien Verkaufsverfahrens mit Zuschlag an das wirtschaftlich attraktivste Angebot."</p>	
Xx110	<p>25/07/18/TELEPOLIS- Zusammenspiel des Ärzte-Richter-Filzes- Peter Nowak</p> <p>Interview mit Rene Talbot von der Bundesarbeitsgemeinschaft Psychiatrieerfahrener zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Fixierung von Psychiatriepatienten</p> <p>Das Bundesverfassungsgericht hat am 24.7. zur Frage von Fixierungen von Psychiatriepatienten entschieden: "Die Fixierung von Patienten stellt einen Eingriff in deren Grundrecht auf Freiheit der Person dar. Aus dem Freiheitsgrundrecht sowie dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz ergeben sich strenge Anforderungen an die Rechtfertigung eines solchen Eingriff." <i>Telepolis</i> sprach mit Rene Talbot von der Bundesarbeitsgemeinschaft Psychiatrieerfahrener über die Entscheidung.</p>	papier
Xx113	<p>25/07/18/TELEPOLIS- Golanhöhen: Israel schießt syrischen Kampfjet ab Thomas Pany</p> <p>Syrien behauptet, dass sich das Flugzeug im syrischen Luftraum befunden habe, mit dem Auftrag, "Terroristen" anzugreifen. Israel spricht von einer Verletzung der Abmachungen zu den Golanhöhen</p> <p>Am Dienstag schoss die israelische Flugabwehr einen syrischen Kampfjet des Typs Sukhoi-22 ab. Ort des Abschusses war das syrisch-israelische Grenzgebiet bei den Golanhöhen. Bis hierher stimmen die Sichtweisen beider Parteien, Israels und Syriens, noch überein, da die Ortsangabe "syrisch-israelisches Grenzgebiet" einigies offenlässt.</p> <p>[Einfügung: Israel betrachtet die 1973 besetzten Teile des Golan als eigenes Staatsgebiet; Syrien betrachtet das Gebiet ebenso als Staatsgebiet. Die einseitige Annexion der Golanhöhen durch Israel 1981 wurde international nicht anerkannt.]</p> <p>Die syrische Armee hat dort am Dienstag mit ihrer Offensive überraschend schnell Geländegewinne gemacht und hat, wie es Times of Israel heute berichtet, zum ersten Mal seit 2011, also seit Beginn des Aufstandes und des damit verquickten Krieges gegen die Regierung Baschar al-Assad, den "Grenzzaun" bei den Golanhöhen erreicht, wo UN-Friedenstruppen in einer Pufferzone ihren Beobachtungsposten haben.</p>	papier
Xx114	<p>25/07/18/TELEPOLIS- Juncker bei Trump Peter Mühlbauer</p>	papier

Tr.	DB_044	Aufn.
	<p>Der US-Präsident will mit Zöllen "fairere" Handelsabkommen erzwingen</p> <p>Heute trifft EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in Washington US-Präsident Donald Trump. Anschließend finden Gespräche zwischen jeweils zehn Handelspolitikdelegierten der EU und der USA statt, an denen unter anderem EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström teilnimmt.</p> <p>Juncker, der sich am Wochenende vor seinem USA-Besuch mit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron getroffen hatte, ließ gestern über seinen Sprecher ausrichten, er fahre ohne das von Trumps Wirtschaftsberater Larry Kudlow geforderte größere Angebot nach Washington, sondern wolle lediglich die Lage "entdramatisieren". Das glaubte dem unter anderen für seinen Ausspruch "Wenn es ernst wird, muss man lügen" bekannten EU-Kommissionspräsidenten allerdings nicht jeder.</p>	
Xx115	<p>25/07/18/TELEPOLIS- Unerhörte Abhörer Juncker, Trump und die Schlapphüte Markus Kompa</p> <p>Wenn heute die beiden konservativen Alpha-Tiere Jean-Claude Juncker und Donald Trump zusammentreffen, könnten sie direkt eine Selbsthilfegruppe gründen: Beide waren jeweils von ihren eigenen Handlangern abgehört und hierdurch in Bedrängnis gebracht worden.</p> <p>Trump hat derzeit bekanntlich Ärger, weil sein eigener Rechtsanwalt Michael Cohen eigenmächtig ein Gespräch mitschnitt. So hatte Cohen der Enthüllungskünstlerin Stormy Daniels eine üppige Summe zukommen lassen, um unerwünschte Enthüllungen zu vermeiden. Deren Anwalt fordert nun die Veröffentlichung der Aufnahmen.</p> <p>Auch Juncker hatte als früherer Luxemburger Staatschef mal ein ähnliches Problem, als er seinen eigenen Geheimdienstchef Marco Mille zu einer brisanten Unterredung unter vier Ohren gebeten hatte. Da Mille jedoch offenbar protokollieren wollte, was gesagt wurde und was nicht, schnitt er das Gespräch mit seinem Boss heimlich mit einem in seiner Armbanduhr versteckten Aufzeichnungsgerät mit.</p>	papier
Xx116	<p>26/07/18/jungeWelt- Ankara und Teheran gegen PKK Türkischer Vormarsch auf Kandilgebirge stockt. Iran beunruhigt über Aktivitäten kurdischer Gruppen Von Nick Brauns</p> <p>Hartnäckiger Widerstand der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), deren Guerilla sich zu Wochenbeginn erneut Gefechte mit den Invasionstruppen lieferte, hat den im März begonnenen türkischen Vormarsch im Nordirak weitgehend zum Stillstand gebracht. Doch die türkischen Einheiten sind bereits mehr als 30 Kilometer tief auf das Bradost- und Sidekan-Gebiet der kurdischen Autonomieregion vorgedrungen, haben Dutzende Dörfer unter ihre Kontrolle gebracht und elf Militärstützpunkte errichtet. Regelmäßige Luftangriffe zielen auf die Vertreibung der Zivilbevölkerung. Erklärtes Ziel Ankaras ist die Einnahme des noch rund 50 Kilometer entfernt im irakisch-iranischen Grenzgebiet liegenden Kandilgebirges, in dem sich das PKK-Hauptquartier befindet.</p>	papier
Xx117	<p>26/07/18/jungeWelt- Blinde Flecken Verfassungsschutzbericht 2017: Der »Extremismus der Mitte« wird komplett ausgeblendet Von Ulla Jelpke</p> <p>Wo die Behörde hinblickt Extremisten: Der Verfassungsschutz beschreibt in seinem am Dienstag veröffentlichten Bericht für das Jahr 2017 einen Zuwachs der Zahl gewaltbereiter »Extremisten« von rechts und von links, unter Ausländern und im islamistischen Milieu. Dort, wo aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft heraus demokratische Werte geschliffen werden, schaut der Geheimdienst allerdings gar nicht erst hin.</p> <p>24.000 Rechtsextremisten zählt der Verfassungsschutz in Deutschland, das sind 900 mehr als im Vorjahr. 12.700 davon (ein Plus von 600) schätzt er als gewaltbereit ein. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) bezeichnete es als »neue Herausforderung«, dass mehr als die Hälfte der Neonazis nicht in festen Strukturen organisiert sei und sich in kürzester Zeit radikalisiert habe. Besonders dramatisch: die Zunahme bei den sogenannten Reichsbürgern von 10.000 auf 16.500, was Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen jedoch auf verstärkte »Aufklärung« seines Dienstes</p>	papier

Tr.	DB_044	Aufn.
	zurückführt. Den Reichsbürgern wird im Bericht eine hohe »Waffenaffinität« zugeschrieben, wobei nur fünf Prozent von ihnen der rechtsextremen Szene zugerechnet werden. ...	
	<p>Xx118_26/07/18/jungeWelt-Personalrochade im Autokartell</p> <p>Kein Neustart im Dieselskandal: Ebenfalls belasteter BMW-Einkaufsvorstand soll in U-Haft sitzenden Audi-Chef ersetzen Von Stephan Krull</p> <p>Bereits seit dem 18. Juni, seit mehr als vier Wochen also, sitzt der Audi-Boss Rupert Stadler in Untersuchungshaft – höchste Zeit, für den Posten des Vorstandsvorsitzenden die Nachfolge zu regeln, um den Betrieb so gut als möglich am Laufen zu halten. Vorgeworfen werden Stadler Betrug und Falschbeurkundung. Vor allem besteht aber aus Sicht der Justiz Verdunklungsgefahr, weil er einen Informanten der Staatsanwaltschaft identifizieren und dann »beurlauben« wollte. Die Jagd nach Maximalprofiten und der Knast können eben dicht beieinanderliegen, wenn man erst mal in die Mühlen der Justiz geraten ist.</p>	papier
Xx119	<p>27/07/18/TELEPOLIS V-Männer und andere</p> <p>Helmut Lorscheid</p> <p>Die Dunkelmänner von Polizei, Verfassungsschutz oder BND genießen in unserer parlamentarischen Demokratie den höchsten Schutz überhaupt</p> <p>Die Bundestagsabgeordneten werden gewählt, um die Bundesregierung zu kontrollieren. Diese Kontrolle stößt jedoch ganz schnell an ihre Grenzen, wenn es um V-Männer von Polizei, Verfassungsschutz oder BND geht. Denn diese Dunkelmänner genießen in unserer parlamentarischen Demokratie den höchsten Schutz überhaupt. Sie werden besser abgeschirmt und vor der Öffentlichkeit und auch ggf. vor der Justiz geschützt als etwa der Bundespräsident oder die Kanzlerin. Ähnliche Privilegien genießen auch der Bundesnachrichtendienst und Verfassungsschutz.</p> <p>Dabei handelt es sich bei V-Leuten nicht selten um höchst kriminelle Mitbürger, die mit allerlei Lügen und Halbwahrheiten, unklaren Andeutungen und Mutmaßungen reich werden. Auch gegenüber den Mitgliedern des Bundestages genießen diese Leute einen besonderen Schutz, den auch das Bundesverfassungsgericht so in Ordnung findet. In einem Beschluss 2 BvE 1/15 vom 13. Juni 2017 heißt es:</p> <p style="padding-left: 40px;">Dem Einsatz verdeckter Quellen kommt bei der Informationsbeschaffung der Nachrichtendienste eine hohe Bedeutung zu. Deshalb darf die Bundesregierung Auskünfte zum Einsatz verdeckt handelnder Personen in der Regel mit Hinweis auf eine Gefährdung des Staatswohls und der Grundrechte dieser Personen verweigern, wenn bei Erteilung der begehrten Auskünfte ihre Enttarnung droht.</p>	papier
Xx121	<p>27/07/18/37MB/ndr-i Streitkräfte+Strategie</p> <p>>Deutschland als Waffenkammer der Welt? Kieler Forschungsinstitut zweifelt Statistik über Waffenexporte an. Interview mit Joachim Krause, Leiter des Instituts für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel.</p> <p>>Chinas neue Weltordnung - das Megaprojekt Neue Seidenstraße</p> <p>>Streit um Admirals-Büste - Falsche Vorbilder für Deutsche Marine?</p> <p>>High Tech für die Bundeswehr - Träumerei oder bald Realität?</p>	29:00
Xx122	<p>30/07/18/jungeWelt- Ramelows Kniefall</p> <p>Ludwig Elm hat die Geschichtspolitik der Thüringer Landesregierung untersucht</p> <p>Von <i>Albert F. Reiterer</i></p> <p>Die Broschüre entstand aus einem Vortrag des Historikers Ludwig Elm, den er, wie bisher üblich, hernach der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen zur Publikation anbot. Was passierte diesmal? Die</p>	papier

Tr.	DB_044	Aufn.
	Geschäftsführerin, Vera Haney, lehnte das Manuskript mit folgender Begründung ab: Sie halte es »in der jetzt vorliegenden Fassung zur Veröffentlichung in der Reihe ›Texte und Argumente‹ nicht für geeignet. (...) Du gehst in Deinem Text mit der Partei Die Linke in Thüringen und ihrer Führung sehr hart ins Gericht. (...) Ich meine vor allem jene Passagen, in denen Du geschichtspolitischen Entscheidungen der Landespartei beabsichtigte Falschdarstellung, Opportunismus und Anbiederei an rechte Geschichtsdeutung unterstellst.«	
Xx123	<p data-bbox="308 454 544 488">30/07/18/jungeWelt-</p> <p data-bbox="687 454 1121 488" style="text-align: center;">Weder Freund noch Helfer</p> <p data-bbox="308 517 874 551">Bewusstes Lügen und verhinderte Aufklärung:</p> <p data-bbox="308 551 1414 611">Experten fordern Maßnahmen gegen Polizeigewalt und Korpsgeist der Beamten Von Markus Bernhardt</p> <p data-bbox="308 629 1414 853">Zunehmend kommt es in der Bundesrepublik zu Debatten über Polizeigewalt und die Frage, wie damit umzugehen ist. Opfer von Übergriffen durch die sogenannten Ordnungshüter haben im Nachgang kaum eine realistische Chance, sich juristisch zur Wehr zu setzen. Vor allem der bei der Polizei zu beobachtende Korpsgeist verhindert die Aufklärung rechtswidriger Angriffe. Zu beobachten ist außerdem, dass diejenigen, die Strafanzeige gegen ihre Peiniger stellen, in der Mehrzahl der Fälle mit Gegenanzeigen, etwa wegen »Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte«, überhäuft werden.</p>	papier
xyz	Xx124_02/08/18/1,7MB/df-Wirtschaftsredaktion	
xyz	Xx125_04/08/18/4,2MB/df-Nachrichten	
Xx126	<p data-bbox="308 1043 1193 1077">05/08/18/TELEPOLIS- Eine Kulisse aus Neutrinos im Weltall</p> <p data-bbox="308 1077 1441 1137">Neutrinos als unsichtbare Botschafter des Anfangs der Welt sind eines der am wenigsten erforschten Elementarteilchen</p> <p data-bbox="308 1137 1449 1335">Die sogenannte Urknalltheorie postuliert, dass unsere Welt aus einer Singularität entstanden ist und sich danach bis zur heutigen Größe exponentiell ausgedehnt hat. Wenn man von dieser Annahme ausgeht, dann ist die Geschichte des Universums einfach die Geschichte seines Abkühlens. Die mittlere Massendichte des Kosmos nimmt immer weiter ab. Lag die mittlere Temperatur des frühen kompakten Universums bei Milliarden von Milliarden von Kelvin, beträgt sie heute nur ein paar Kelvin über dem absoluten Nullpunkt.</p> <p data-bbox="308 1335 1449 1597">Die Big-Bang-Theorie ist eigentlich die Theorie, die niemand haben wollte. Die Weltreligionen haben andere Erklärungen für den Ursprung der Welt. Ein Universum, bei dem Menschen nicht im Mittelpunkt des Schöpfungsmythos stehen, ist für die Missionierung nicht so brauchbar. Für die Physiker, die keine mystischen Erklärungen dulden, ist die Theorie trotzdem unbequem, da sie dem Universum ein Alter auferlegt. Sympathischer ist das "perfekte kosmologische Prinzip" von Sir Fred Hoyle, das besagt, dass wir in keiner besonderen Zeit leben. Statistisch gesehen sollte das Universum im Prinzip immer gleich aussehen, wenn wir in die Vergangenheit oder in die Zukunft reisen würden. Ein zeitloses Universum wäre eigentlich eleganter.</p>	papier
xyz	Xx127_07/08/18/11MB/df- IRAN	
xyz	Xx128_07/08/18/3,5MB/df-Nachrichten	
xyz	Xx129_07/08/18/0,3MB/df-Wetter	
Xx130-01	<p data-bbox="308 1827 1254 1861">08/08/18/TELEPOLIS- Türkei begeht Menschenrecht in Afrin</p> <p data-bbox="308 1861 1390 1984">Wie lange wird die Besatzungsmacht dort bleiben? Elke Dangeleit Seit Monaten versuchen Journalisten, Menschenrechtsaktivisten und NGO's auf die Menschenrechtsverletzungen und die Besatzung der Türkei in Afrin/Nordsyrien aufmerksam zu machen. Die Türkei drang im Januar 2018 völkerrechtswidrig in den nordsyrischen Kanton ein.</p>	papier

Tr.	DB_044	Aufn.
	Nachdem sie sich drei Monate lang einen erbitterten Kampf mit der YPG lieferte, evakuierte die YPG die Stadt zum Schutz der Zivilbevölkerung. Letztlich gelang der Türkei die Besetzung nur, weil Russland der Türkei für diese Operation den Luftraum öffnete und türkische Kampfbomber die Stadt Afrin und umliegende Dörfer ungestört angreifen konnten. Nun sitzt das türkische Militär im Zentrum von Afrin, ihre Proxytruppen ziehen raubend, brandschanzend und mordend durch die Stadt und ihr Umland.	
xyz	Xx131_TELEPOLIS-Wir leben in einer Gesellschaft-08_08_18	papier
xyz	Xx130-02_TELEPOLIS-Hitze: Frankreich schaltet Reaktor ab-06_08_18.odt	papier
Xx133	<p>08/08/18/TELEPOLIS- "Wir leben in einer Gesellschaft, die von Propaganda und Manipulation durchdrungen ist" Marcus Klöckner</p> <p>Die neoliberale Ordnung ist tief in der Gesellschaft verankert. Sie bestimmt sogar die Grenzen dessen, was denkbar ist. Im Interview über den US-amerikanischen Propagandisten Walter Lippmann (Die Welt, mit der wir es in politischer Hinsicht zu tun haben, liegt außer Reichweite) geht der Wirtschaftswissenschaftler Walter Ötsch (Demagogen: Alle sprechen vom Volk, das von der Elite unterdrückt wird) näher auf die Verbindung Lippmanns zum Neoliberalismus ein und zeigt, welche demokratieverachtende Denkweise hinter dem neoliberalen Projekt zu finden ist.</p> <p>Prof. Dr. Walter Ötsch ist Professor für Ökonomie und Kulturgeschichte an der Cusanus Hochschule. Er ist Kommunikationstrainer und Experte für Rechtspopulismus. Veröffentlichungen u.a. "Haider Light. Handbuch für Demagogie" (Czernin Verlag, 2000) und "Populismus für Anfänger. Anleitung zur Volksverführung" (Westend Verlag 2017). Zusammen mit der Ökonomin Silja Graupe hat Ötsch die Einführung zu dem gerade in deutscher Sprache neu aufgelegten Lippmann-Buch "Die öffentliche Meinung" verfasst.</p>	papier
xyz	Xx134_11/08/18/1,6MB/dlf-Nachrichten	
Xx135	<p>11/08/18/29MB/ndr-i Streit+Strategie</p> <ul style="list-style-type: none"> >Waffenkammer der Welt? Die schwierige Suche nach den wichtigsten Exportländern. Interview mit Pieter Wezeman, Friedensforschungsinstitut SIPRI >Koblenzer Beschaffungsbehörde – Wurzel der Bundeswehr-Ausrüstungsmisere? >Fortschritte bei autonomen Waffensystemen – Die Vereinigten Staaten streiten über den Einsatz von Kampfrobotern >Rente erst mit 67 – Bundeswehr-Soldaten kämpfen gegen späteren Ruhestand 	30:00
xyz	Xx136_	
Xx137	<p>16/08/18/TELEPOLI- Saudi-arabische Koalition: Angriff auf Kinder ist ein legitimer Angriff auf Planer und Operateure Thomas Pany</p> <p>In den USA sind Kongressabgeordnete darüber beunruhigt, dass die Unterstützung der saudi-arabischen Koalition im Jemenkrieg amerikanische Militärs vor Gericht bringen könnte</p> <p>Ohne Unterstützung von außen wäre es sehr schwierig für Saudi-Arabien im Jemen Krieg zu führen. Das trifft im Besonderen auf die USA zu. Dort ist die Einsicht, dass die US-Unterstützung den Krieg verschlimmert, längst nicht neu. Auch die Klagen darüber, dass die saudi-arabischen Militärs bei ihren Luftangriffen keine Rücksichten auf die Zivilbevölkerung im Jemen nehmen, sind seit Jahren in der US-amerikanischen Öffentlichkeit.</p> <p>Im Dezember 2016 blockierte die Regierung unter Obama Lieferungen einer "Präzisionsmunition" des Herstellers Raytheon an Saudi-Arabien. Die Obama-Administration hatte genug von der Vorgehensweise der saudischen-Militärs. Im Oktober zuvor waren mehr als 100 Zivilisten durch einen saudischen Luftangriff getötet worden - sie waren Besucher einer Beerdigung.</p>	papier
Xx138	16/08/18/TELEPOLIS- Irak und die Iran-Sanktionen Thomas Pany	papier

Tr.	DB_044	Aufn.
	<p>Die Befolgung der US-Sanktionen würde den Irak in große Schwierigkeiten bringen</p> <p>Erfolge hat die Nahost-Politik der USA der letzten Jahre kaum, wenn überhaupt, vorzuweisen, unbestritten ist, dass sie Staaten in der Region in größere Schwierigkeiten bringen kann. Zum Beispiel den Irak, der weit über ein Jahrzehnt gebraucht hat, um sich einigermaßen von der US-Bestrafung- und Befreiungsaktion ab 2003 zu erholen. Nun rollt ein neuer Brocken auf die Regierung in Bagdad zu: die Iran-Sanktionen infolge der Aufkündigung des Nuklear-Abkommens, dem "schlechtesten Deal ever", durch die Regierung Trump.</p> <p>Irak und Iran haben enge Verbindungen - und dass sie in den letzten zehn Jahren weiter gewachsen sind, hängt nicht zuletzt mit dem Einmarsch der US-Armee im Irak zusammen. In der Handelsbilanz zeigt sich das durch einen jährlichen Austausch in Höhe von 12 Milliarden Dollar und eine wichtige "ökonomische Partnerschaft" beim Strom, Öl und Erdgas, wie das vor ein paar Tagen vom irakischen Journalisten, Schriftsteller und Dichter Omar al-Jaffal auf al-Monitor dargelegt wurde. ...</p>	
Xx139	<p>16/08/18/TELEPOLIS- Slawa Ukraini!: Poroschenko versucht rechtsradikale Wähler hinter sich zu scharen Stefan Korinth</p> <p>Der Hamburger Osteuropahistoriker Frank Golczewski erklärt, warum der ukrainische Präsident einen faschistischen Militärgruß einführen lässt und warum das westliche Politiker und Leitmedien nicht interessiert</p> <p>Herr Golczewski, der ukrainische Präsident Petro Poroschenko will den historischen Ruf "Slawa Ukraini! Herojam Slawa!" (Ruhm der Ukraine! Ruhm den Helden!) zum neuen offiziellen Gruß des ukrainischen Militärs machen. Bereits zum Unabhängigkeitstag am 24. August soll der Ruf bei der großen Militärparade in Kiew erschallen. Bitte erläutern Sie, woher die Parole ursprünglich stammt.</p> <p>Frank Golczewski: Es gibt im Grunde genommen zwei Wurzeln. Die eine liegt tief im 19. Jahrhundert und war auch später in sowjetischer Zeit üblich. Da hieß es oft "Ruhm der Arbeit" oder "Ruhm der Kommunistischen Partei" und so weiter. Es gibt also eine Art Gewohnheit an solchen Parolen. Und wenn jetzt in der Ukraine "Ruhm der Ukraine" skandiert wird, dann ist das Bewusstsein, dass diese Parole eigentlich faschistischer Natur ist, nicht besonders ausgeprägt. ...</p>	papier
Xx141	<p>16/08/18/TELEPOLIS Saudi-arabische Koalition: Angriff auf Kinder ist ein legitimer Angriff auf Planer und Operateure</p> <p>Thomas Pany</p> <p>In den USA sind Kongressabgeordnete darüber beunruhigt, dass die Unterstützung der saudi-arabischen Koalition im Jemenkrieg amerikanische Militärs vor Gericht bringen könnte</p> <p>Ohne Unterstützung von außen wäre es sehr schwierig für Saudi-Arabien im Jemen Krieg zu führen. Das trifft im Besonderen auf die USA zu. Dort ist die Einsicht, dass die US-Unterstützung den Krieg verschlimmert, längst nicht neu. Auch die Klagen darüber, dass die saudi-arabischen Militärs bei ihren Luftangriffen keine Rücksichten auf die Zivilbevölkerung im Jemen nehmen, sind seit Jahren in der US-amerikanischen Öffentlichkeit.</p> <p>Im Dezember 2016 blockierte die Regierung unter Obama Lieferungen einer "Präzisionsmunition" des Herstellers Raytheon an Saudi-Arabien. Die Obama-Administration hatte genug von der Vorgehensweise der saudischen-Militärs. Im Oktober zuvor waren mehr als 100 Zivilisten durch einen saudischen Luftangriff getötet worden - sie waren Besucher einer Beerdigung.</p>	papier
Xx142	<p>17/08/18/german-foreign-policy Golfkrieg gegen China</p> <p>TEHERAN/BERLIN (Eigener Bericht) - Deutsche Außenpolitikexperten halten einen Krieg gegen Iran zur Verhinderung chinesischer Einflussgewinne am Persischen Golf für denkbar. Hintergrund ist, dass die US-Sanktionen gegen Teheran wieder in Kraft gesetzt werden; das führt dazu, dass die überwiegende Mehrheit auch der in Iran tätigen deutschen Unternehmen das Land verlässt. Von Berlin und der EU angekündigte Maßnahmen, die dies verhindern sollen, bleiben wirkungslos; sogar die Deutsche Bundesbank hebt iranische Bemühungen, wenigstens ein Mindestmaß an bilateralem Zahlungsverkehr zu bewahren, aus. Damit steht zu erwarten, dass China, das bereits während der ersten Runde der Sanktionen gegen Iran zu dessen größtem Handelspartner aufsteigen konnte, seine</p>	papier

Tr.	DB_044	Aufn.
	Marktdominanz in dem Land noch weiter steigern wird. Im Rahmen der "Neuen Seidenstraße" ist die Volksrepublik inzwischen dabei, den Transportkorridor nach Iran systematisch auszubauen. Experten urteilen, ein dominanter chinesischer Einfluss in dem Land lasse sich nur noch mit Gewalt verhindern.	
Xx143	<p>17/08/18/jungeWelt- Die lenkende Hand Noch ein Kontakt zur AfD: Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, gerät unter Druck Von Arnold Schölzel Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Hans-Georg Maaßen, traf sich mit mehr AfD-Politikern zu persönlichen Gesprächen als bisher bekannt. Das berichtete am Donnerstag die <i>Taz</i>. Maaßen kam demnach im Juni mit dem AfD-Bundestagsabgeordneten Stephan Brandner, dem Vorsitzenden des Rechtsausschusses, zusammen. Das Blatt zitierte die Grünen-Abgeordnete Renate Künast, die in der vergangenen Legislaturperiode dem Ausschuss vorsah, sie habe damals keinen Termin mit dem BfV-Chef gehabt. Sie wies gegenüber dem Blatt darauf hin, dass die Zuständigkeit für das BfV beim Innenministerium liegt, also in den Bereich des Innen-, nicht des Rechtsausschusses falle. Zu dem nun bekannt gewordenen Treffen mit Brandner wollte das BfV am Donnerstag keine Stellung nehmen.</p>	papier
Xx144	<p>17/08/18/jungeWelt- In schlechter Tradition Vor 20 Jahren war der russische Staat bankrott. Westen setzt heute wieder auf ökonomische Destabilisierung des Landes Von Franziska Lindner Vergangene Woche hat das US-Außenministerium in Washington neue Sanktionen gegen die Russische Föderation angekündigt. Begründet wurden diese mit der Behauptung, die russische Regierung habe »chemische oder biologische Waffen« eingesetzt und gegen internationales Recht verstoßen. Trotz fehlender Beweise machen die US-Administration und einige westliche Regierungen weiterhin Russland für den Anfang März erfolgten Giftanschlag auf den Ex-Doppelagenten Sergej Skripal und seine Tochter in Großbritannien verantwortlich.</p>	papier
Xx145	<p>17/08/18/TELEPOLIS Trumps Space Command und der verdächtige russische Satellit Kosmos 2521 Florian Rötzer Nachdem Vizepräsident Pence die Sicherung der Vorherrschaft der USA im Weltraum beschworen hat, zieht das US-Außenministerium gleich eine mögliche russische Bedrohung heraus Mitte Juni hatte US-Präsident Donald Trump den Aufbau einer Weltraum-Truppe als einer neuen eigenständigen Teilstreitkraft wie Heer, Marine, Luftwaffe, Coast Guard oder Marine Corps. Eigentlich hätte auch das Cyberkommando eine Teilstreitkraft werden sollen, aber das ließ sich doch nicht im Militär durchsetzen, so dass es nur ein Funktionalkommando neben wie SOCOM oder STRATCOM wurde(US-Cyberkommando steigt in der Pentagon-Hierarchie nach oben).</p>	papier
Xx146	<p>22/08/18/german-foreign-policy "Artificial Intelligence made in Germany" BERLIN (Eigener Bericht) - Die Bundesregierung treibt die Förderung von Forschung und Nutzung Künstlicher Intelligenz (KI) sowie deren Nutzung durch die Bundeswehr voran. KI sei "keine Innovation wie viele andere", sondern eine überaus weit reichende Basisinnovation, die bereits in wenigen Jahren sämtliche Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft umwälzen werde, urteilte jüngst Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier. Laut einem Eckpunktepapier, das der Vorbereitung eines umfassenden staatlichen "Masterplans Künstliche Intelligenz" dient, sollen "Deutschland und Europa" in der KI "auf ein weltweit führendes Niveau" gebracht werden; das neu gewonnene Know-how soll "in Wertschöpfung umgemünzt werden". Laut Prognosen könnten Millionen Arbeitsplätze durch KI überflüssig gemacht werden - wie es heißt, wohl besonders im Dienstleistungssektor. Experten erklären, besondere Anstrengungen seien unumgänglich, damit Berlin und die EU nicht gegenüber China und den USA in Rückstand gerieten. Die Bundeswehr bereitet ein eigenes KI-Projekt vor - um Krisen und sogar Kriege vorhersagen zu können.</p>	papier
Xx147	<p>24/08/18/jungeWelt- Alte Liebe rostet nicht Mautkonsortium Toll Collect hat den Bund jahrelang hintergangen. Genauso soll es weitergehen Von Ralf Wurzbacher</p>	papier

Tr.	DB_044	Aufn.
	<p>Man stelle sich eine Ehe vor, in der sich die Partner seit dem ersten Tag in die Haare kriegen. Was unternimmt das traute Glück? Richtig: Man trennt sich. In der Beziehungskiste von Staat und Wirtschaft gelten andere Umgangsformen. Sehr eindrücklich zeigt das aktuell der Fall Toll Collect. Das dahinterstehende Betreiberkonsortium aus Telekom, Daimler und der französischen Cofiroute, das im Auftrag des Bundes die Lkw-Maut einsammelt, fährt seit 15 Jahren die Krallen aus. Aber was gedenkt die Bundesregierung nach Auslaufen der Verträge zum 31. August zu tun? Sie will weitermachen wie bisher.</p>	
Xx148	<p>24/08/18/jungeWelt- Das Gesicht des LKA Skandal um die Behinderung von Reportern bei Pegida-Demonstration weitet sich aus Von Steve Hollasky Mit solchen Angestellten klingt »Rechtsstaat« doppeldeutig: Der Pegida-Mann mit dem schwarz-rot-goldenen Sonnenhut, der am 16. August in Dresden wutentbrannt ZDF-Reporter an ihrer Arbeit hinderte, ist ein Mitarbeiter des sächsischen Landeskriminalamts (LKA). Wie Sachsens Innenministerium am Mittwoch abend mitteilte, war es an diesem Tag vom LKA darüber informiert worden, dass es sich bei dem aggressiven Demonstranten um einen Tarifbeschäftigten des eigenen Hauses handle. Er sei aber nicht im Dienst gewesen. »Wir bitten ihn, den Urlaub zu unterbrechen, dass wir möglichst zeitnah mit ihm sprechen können«, sagte Landesinnenminister Roland Wöller (CDU) laut Nachrichtenagentur <i>AFP</i> am Donnerstag nach einer Sitzung des Innenausschusses.</p>	papier
Xx149	<p>24/08/18/TELEPOLIS- Der Hunger kehrt zurück Kai Kleinwächter Die Anzahl der Hungernden steigt wieder an. Weltweit auf über 800 Mio. Menschen. Der Westen muss seine Kriege beenden, den weltweiten Agrarmarkt reformieren und seine Versprechen zur Entwicklungshilfe halten.</p> <p>Die "Millenniumsziele" sind gescheitert. Im Jahr 2000 versprach die internationale Gemeinschaft die Anzahl der Hungernden bis 2015 zu halbieren - sie auf unter 450 Mio. zu senken. Weniger als zehn Prozent wurden erreicht. Aber selbst dieser "Fortschritt" ist prekär. Mehrere sich gegenseitig verstärkende Ursachen wie Nahrungsmittelpreise und Kriege legen einen weiteren Anstieg in den nächsten Jahren nahe. Die innere soziale Differenzierung sowie der Klimawandel stellen zusätzliche Treiber dar. Statistische Unzulänglichkeiten verschleiern die reale Situation. ...</p>	papier
Xx150	<p>24/08/18/24/08/18/TELEPOLIS- US-Regierung umgarnt den einstigen Schurkenstaat Eritrea Shuwa Kifle Geostrategische Interessen am Horn von Afrika und die neue Politik Äthiopiens Gegenwärtig scheint in Äthiopien ein Politikwechsel stattzufinden. Dabei geht es nicht nur um innenpolitische Weichenstellung und Frieden mit Eritrea, sondern es geht insbesondere auch um eine Neubestimmung der wirtschaftlichen und politischen Allianzen des Landes am Horn von Afrika. Vor allem die geostrategischen und ökonomischen Interessen der USA sowie ihrer arabischen Bündnispartner scheinen dabei eine Rolle zu spielen. In der allgemeinen Berichterstattung werden diese Hintergründe in der Regel kaum erwähnt. Vielmehr wird geradezu enthusiastisch der neue Premier als Friedensengel gefeiert und quasi in eine Reihe mit Nelson Mandela und Barack Obama gestellt.</p>	papier
Xx152	<p>25/08/18/ndr-info- Streit+Strategien >US-Space Force – Einstieg in Rüstungswetlauf im Weltraum? >Unsportlich und körperlich nicht mehr belastbar? Wie Rekruten in der Grundausbildung fit gemacht werden >Strategischer Lufttransport – Dauerproblem der Bundeswehr?</p>	30:00
Xx153	<p>28/08/18/TELEPOLIS- Junge deutsche Muslime Die wirtschaftliche Situation macht den Unterschied Thomas Pany Wissenschaftliche Studie zur Akzeptanz politischer Gewalt: Nicht die Zuwendung zur Religion ist entscheidend für die Einstellung, sondern die Lage und Mentalität im kapitalistischen</p>	papier

Tr.	DB_044	Aufn.
	<p>Konkurrenzkampf Wenn es in einer wissenschaftlichen Arbeit um deutsche Muslime und die Akzeptanz von politischer Gewalt geht, dann lässt das aufhorchen. Subjektive Eindrücke, Klischees, Mondscheinurteile und Generalisierungen liest man ja jeden Tag samt anekdotischer Bestätigungen für die ein oder andere Sichtweise. ...</p>	
Xx154	<p>28/08/18/TELEPOLIS- Lybien Krieg in Tripolis Panik unter inhaftierten Migranten Thomas Pany Während sich Salvini und Orbán in Mailand gegenseitig als vorbildliche europäische Grenzhüter feiern. Die libysche Hauptstadt Tripolis war in den vergangenen Tagen Kriegszone. Es gab Tote, Panzer wurden aufgefahren und schwere Artillerie. Wohngebiete wurden von Querschlägern heimgesucht; Grund waren Konkurrenzkämpfe über die Kontrolle der Stadt, meldet al-Jazeera. Die beteiligten Milizen kennt hierzulande kaum jemand. Interessent ist, wie al-Jazeera auch ergänzt, dass die beteiligten Milizen beider Kriegslager allesamt(!) "technisch" der Einheitsregierung (GNA) untergeordnet sind. Daran schließt sich die entscheidende Frage an: Wer kontrolliert sie?</p>	papier
Xx155	<p>29/08/18/german-foreign-policy Ganzheitliche Herangehensweise BERLIN (Eigener Bericht) - Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) unterlässt in seiner Erklärung zum diesjährigen Antikriegstag am 1. September jedwede Kritik an den Kriegsoperationen der Bundeswehr. Ebenso wenig distanziert sich die Arbeitnehmerorganisation von der todbringenden Rüstungsproduktion deutscher Konzerne; abgelehnt werden lediglich "Waffenexporte in Krisen- und Konfliktgebiete sowie an diktatorische und autokratische Regime". In seiner Stellungnahme zum aktuellen "Weißbuch" des Bundesverteidigungsministeriums war der DGB noch deutlicher geworden. Explizit spricht sich der Gewerkschaftsdachverband darin dafür aus, die "Arbeitsbedingungen" bei den deutschen Streitkräften "attraktiv" zu gestalten, damit die Soldaten "die aktuellen wie kommenden Aufgaben bedarfsgerecht bewältigen können". Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, für "faire Wettbewerbsbedingungen" auf dem europäischen Rüstungsmarkt zu sorgen und ihre "Verantwortung" für die Beschäftigten der "wehrtechnischen Industrie" wahrzunehmen. ...</p>	papier
Xx156	<p>29/08/18/german-foreign-policy Rezension: Malte Meyer: Lieber tot als rot Im Februar 2013 nahm der seinerzeitige Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) an einer Vorstandssitzung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) teil. Zusammen mit dem damaligen DGB-Chef Michael Sommer kündigte er danach eine "gemeinsame Erklärung" von Bundeswehr und Gewerkschaftsdachverband an - zwecks Betonung der "gemeinsamen Werte". Bereits im September 2011 hatte german-foreign-policy.com über eine Studie der Industriegewerkschaft Metall berichtet, die dem "Erhalt der wehrtechnischen Kernfähigkeit im Marineschiffbau" eine "nationale Bedeutung" attestierte. Es waren nicht zuletzt Begebenheiten wie diese, die laut Malte Meyer die Frage provozierten, ob Gewerkschaften "Teil der Friedensbewegung" sind oder ob sie sich, "wie vom zeitgenössischen Linksradikalismus geargwöhnt, bereits im Ersten Weltkrieg als Organe des imperialistischen Staates entpuppt" haben.</p>	papier
Xx157	<p>29/08/18/TELEPOLIS- Rakka: Der IS ist zurück Thomas Pany Sowohl in der Stadt wie in der Provinz sollen Zellen aktiv sein, wie eine Serie von Anschlägen nahelegt. Ziele sind häufig die kurdischen YPG, die dort auch anderen Feindseligkeiten gegenüberstehen. Der IS ist zurück in Rakka (auch: Raqqa), behauptet der französische Historiker Matteo Puxton. Er geht davon aus, dass der "Islamische Staat" mindestens eine Zelle in der Stadt hat und eine in der Provinz. Puxton ist in Frankreich und darüber hinaus eine Referenz, wenn es um präzise Informationen zu syrischen Milizen und besonders dem IS geht. Seine Artikel, die bei France Soir veröffentlicht werden, sind außerordentlich detailreich. Seine Positionierung, wovon der Großteil der syrischen Berichterstattung ja geprägt ist, bleibt im Hintergrund. Müßig, aber vielleicht notwendig ist</p>	papier

Tr.	DB_044	Aufn.
	es anzufügen, dass er kein Anhänger von Dschihadisten ist. Gegenüber der Regierung in Syrien wahrt er kritische Distanz.	
Xx158	<p>30/08/18/Cash.online_ Jeder vierte Arzt verweigert Anschluss an IT-eGK Die Digitalisierung ist auch im Gesundheitswesen kaum aufzuhalten. Doch die Mediziner spielen dabei derzeit nur bedingt mit. Und jeder vierte niedergelassene Arzt in Deutschland (28 Prozent) will sich nicht an die Telematik-Infrastruktur für Anwendungen der elektronischen Gesundheitskarte anschließen. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Forsa-Umfrage im Auftrag des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) zu Cyberrisiken und Digitalisierung im Gesundheitswesen.</p> <p>Obwohl das E-Health-Gesetz den Arztpraxen einen Anschluss bis zum Jahresende vorschreibt und andernfalls finanzielle Sanktionen vorsieht, wollen diese Ärzte zunächst die weitere Entwicklung abwarten oder äußern Zweifel daran, dass das System aktuell funktionsfähig und mit der Datenschutzgrundverordnung vereinbar ist. Ein Viertel der Arztpraxen (26%) ist bereits an die Telematik-Infrastruktur angeschlossen, ein weiteres Drittel (34 Prozent) hat den Anschluss fest eingeplant.</p> <p>Überwiegend skeptisch stehen die niedergelassenen Ärzte Online-Sprechstunden gegenüber. Lediglich sechs Prozent können sich ein solches Angebot vorstellen, für 89 Prozent kommen Online-Sprechstunden grundsätzlich nicht infrage. Sie wenden insbesondere ein, dass im Rahmen einer Online-Sprechstunde der persönliche Kontakt zu den Patienten fehle (85%), eine umfassende Diagnose nicht möglich sei (74 Prozent) und keine Krankschreibungen oder Rezepte ausgestellt werden dürften (55 Prozent).</p>	papier
Xx159	<p>30/08/18/german-foreign-policy Wie man Fluchtursachen schafft BERLIN/DAKAR/ACCRA/ABUJA (Eigener Bericht) - Der Ausbau der EU-Flüchtlingsabwehr ist ein zentraler Schwerpunkt der gestern gestarteten Afrikareise von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Wie Regierungskreise bestätigen, wird Merkel nach ihren gestrigen Gesprächen in Senegal auch heute in Ghana und morgen in Nigeria über Schritte verhandeln, um die Flucht von Menschen vor Armut, Hoffnungslosigkeit und Krieg zu unterbinden und die Abschiebung von Flüchtlingen aus Deutschland zu erleichtern. In Umfragen geben fast die Hälfte der befragten Senegalesen und rund drei Viertel der befragten Ghanaer und Nigerianer an, ihr Land verlassen zu wollen. Ursachen sind krasse Armut und eine dramatische Jugendarbeitslosigkeit. Arbeitsplätze vernichten systematisch Unternehmen aus der EU, die etwa senegalesische Küstengewässer leerfischen und damit Senegals Fischereibranche schwer schädigen oder auch Ghana mit Dumpinggeflügel überschwemmen und damit die einheimische Geflügelbranche in den Ruin treiben. Gespräche über den Stopp derlei fluchtverursachender EU-Praktiken stehen nicht auf Merkels Programm.</p>	papier
Xx160	<p>30/08/18/jungeWelt_ Ein rotes Tuch Die aktiven Fußballfans haben den Dialog mit DFB und Liga für beendet erklärt Reaktionen aus der Sportpolitik Von Oliver Rast Die »Fanszenen Deutschlands« sind ein Bündnis von Ultragruppen aus den deutschen Fußballligen. Vor einem Jahr schlossen sich die Kurven zusammen, um einen informellen Dialog mit dem Deutschen Fußballbund (DFB) und der Deutschen Fußballliga (DFL) zu beginnen. Den hat das Fanbündnis in der vergangenen Woche laut Pressemitteilung »mit sofortiger Wirkung« beendet. Als DFB-Boss Reinhard Grindel vor einem Jahr die Aussetzung von »Kollektivstrafen« verkündete, sei eine gewisse Euphorie aufgekommen, die aber rasch wieder verflogen sei. Einmal mehr habe sich der Eindruck verfestigt, Verantwortliche von DFB und DFL versuchten mit einem »medienwirksamen Gesprächsangebot (...), Taten um jeden Preis zu vermeiden«. Der Fanprotest solle nun noch engagierter als zuvor in die Stadien getragen werden. Kein Ligaspiel mehr ohne Spruchbänder und Sprechchöre gegen DFB und DFL.</p>	papier
Xx163	<p>01/09/18/Junge Welt Neokolonial erzeugte Geister Neokolonialismus und Dschihad in Mali: Das »zweite Afghanistan« liegt in Westafrika.</p>	papier

Tr.	DB_044	Aufn.
	<p>Deutschland dringt kriegerisch in die Sahelzone vor Von Gerd Schumann</p> <p>Das Land gleicht einem »Scherbenhaufen«, wie die französische Monatszeitung <i>Le Monde diplomatique</i> im Juli 2018 schrieb. In seinem sechsten Jahr, Ende nicht absehbar, findet der Krieg um Mali an vielen, wechselnden Fronten statt. Die bis zu 13.000 »Blauhelme« der UN-Mission »Minusma« – das »s« steht für »Stabilisierung« – haben sich weitgehend in ihren Stützpunkten verschanzt und versuchen, nicht zu Schaden zu kommen. Bisher starben 170 von ihnen, so viele wie bei keinem anderen Einsatz der Vereinten Nationen.</p>	
Xx164	<p>01/09/18/jungeWelt- Völkische Mobilmachung Tausende Neonazis, AfD- und Pegida-Anhänger wollen am Sonnabend erneut in Chemnitz aufmarschieren Von Ulla Jelpke</p> <p>Eine Woche nachdem der 35jährige Deutschkubaner Daniel H. am Rande eines Straßenfestes in Chemnitz erstochen wurde, mobilisieren AfD, Pegida und Neonazis für diesen Sonnabend zu neuen flüchtlingsfeindlichen Aufmärschen in die drittgrößte Stadt Sachsens. Als dringend Tatverdächtige wurden zwei Flüchtlinge aus dem Irak und Syrien in Untersuchungshaft genommen. Nach Bekanntwerden des Mordes war es im Umfeld einer spontanen Demonstration der extrem rechten Fußballfantruppe »Kaotic Chemnitz« mit rund 1.000 Teilnehmern am vergangenen Sonntag zu regelrechten Treibjagden auf Migranten gekommen. Am Montag waren dann etwa 7.000 Neonazis, NPD-, AfD- und Pegida-Anhänger, »Reichsbürger« und Hooligans durch Chemnitz gezogen. Dabei gab es zahlreiche Übergriffe auf antifaschistische Gegendemonstranten, Journalisten und Migranten, aber auch Polizisten. Immer wieder zeigten Demonstranten offen den Hitlergruß. Der Verfassungsschutz hatte vor »überregionalen Anreisebewegungen« »rechtsextremer« und gewaltbereiter Gruppierungen gewarnt. Dennoch war die sächsische Polizei, die sonst bei kleineren antifaschistischen Kundgebungen schon mal Antiterrorereinheiten mit Kriegswaffen aufmarschieren lässt, lediglich mit 600 Beamten vor Ort.</p>	papier
Xx165	<p>01/09/18/jungeWelt- Widerstand formiert sich</p> <p>Erneut mehrere Großdemonstrationen gegen Verschärfungen der Polizeigesetze geplant. Scharfe Kritik von Bürgerrechtlern und Gewerkschaften Von Markus Bernhardt</p> <p>Bürgerrechtler, Datenschützer, linke Organisationen und Parteien, Gewerkschaftsgliederungen und Fußballfans rufen aktuell zu mehreren Demonstrationen auf. Sie richten sich gegen die geplanten oder bereits vollzogenen Verschärfungen der Polizeigesetze der verschiedenen Bundesländer. Mit Ausnahme von Thüringen setzen derzeit alle Bundesländer auf schwerwiegende Eingriffe in die Grund- und Freiheitsrechte und die Versammlungsfreiheit der Bevölkerung. Mit der Begründung, vermeintlich »drohende Gefahr« abwehren zu müssen, soll im Gros der Länder die bisher gesetzlich verbriefte Unschuldsvermutung faktisch abgeschafft werden. Für von den Behörden ausgemachte »Gefährder« drohen dann mögliche Ingewahrsamnahmen, teils bis zu 75 Tagen, Meldeauflagen, Kontaktverbote und weitere Überwachungsmaßnahmen – und all dies ohne Richtervorbehalt.</p>	papier
Xx166	<p>01/09/18/jungeWelt- Von Deutschland aus nicht möglich</p> <p>Rheinmetall liefert über Umwege ganze Rüstungsfabriken in Kriegs- und Krisengebiete. Dagegen regt sich Widerstand. Gespräch mit Heinz D. Kappei Gitta Düperthal</p> <p>Rund um den Antikriegstag am 1. September findet ein Friedenscamp in der Nähe des Rheinmetall-der Rest nur für Abo-LeserProduktionsstandorts Unterlüß in Niedersachsen statt. Für den 2. September ist eine Großdemonstration vor dem Werkstor geplant. Zu welchen Kriegsschauplätzen liefert der Konzern Nachschub?</p> <p style="text-align: center;">das Gespräch nur für Abo-Leser!</p>	papier
Xx167	<p>01/09/18/TELEPOLIS- Hitzesommer: In Berlin war es am wärmste</p> <p>Und in Sachsen-Anhalt am trockensten. Es wurden viele neue Wetterrekorde aufgestellt, insbesondere in der Länge von Hitzewellen.</p> <p>Der Deutsche Wetterdienst (DWD) zieht seine Bilanz für den ausgehenden Sommer. Laut Kalender endet der am 22. September, aber für die Meteorologen war bereits gestern Schluss. Ihnen gelten Juni, Juli und August als Sommer, mit dem 1. September beginnt für sie der Herbst.</p>	papier

Tr.	DB_044	Aufn.
	Der kalendarische Herbst- Frühlingsbeginn wird übrigens von den beiden jährlichen Äquinoktien bestimmt, jenen Daten, an denen Tag und Nacht überall auf der Erde gleich lang sind. In diesem Jahr liegen die Tag-und-Nacht-Gleichen nach Mitteleuropäischer Zeit auf dem 20. März und dem 23. September.	
Xx168	<p>01/09/18/jungeWelt- Unsicherheitsfaktor Mensch Die Mehrheit lehnt Atomwaffen und Rüstungsexporte in Krisengebiete ab. »Künstliche Intelligenz« soll in Kriegen der Zukunft Verstand ersetzen <i>Von Claudia Wangerin</i> Wären friedenspolitische Themen die entscheidenden Wahlprüfsteine, hätten die Regierungsparteien CDU, CSU und SPD schlechte Chancen. Im Umfragen sprechen sich deutliche Mehrheiten gegen Rüstungsexporte aus. Vor allem die lange Tradition der Waffenhilfe für das NATO-Partnerland Türkei, das Anfang des Jahres mit dschihadistischen Hilfstruppen in Nordsyrien einmarschierte, stößt auf Unverständnis – laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Yougov im Mai bei 83 Prozent.</p> <p>Für den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen sprachen sich kurz vor der letzten Bundestagswahl im September 2017 mehr als zwei Drittel der Befragten aus. Die Entscheidungsträger ignorierten das bisher ebenso so souverän wie die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Kampagne ICAN, die für den Verbotsvertrag geworben und die Umfrage in Auftrag gegeben hatte.</p> <p>Auch die Auslandseinsätze der Bundeswehr finden in der breiten Masse keine Unterstützung – auch wenn sich der Widerstand in Grenzen hält und im Zweifel doch wieder die genannten Parteien gewählt werden. Friedensbewegte sind dennoch optimistisch: So rechnen zum Beispiel die Organisatoren der Kampagne »Rheinmetall entwaffnen« am 2. September mit der bisher größten Demonstration vor dem Werkstor des Konzerns. Im Rahmen eines Friedenscamps soll es dort Aktionen des zivilen Ungehorsams geben.</p>	papier
Xx169	<p>01/09/18/jungeWelt- Fluchtursache Krieg Militärische Interventionen und Regime-Change-Maßnahmen schufen den Nährboden für Terror, der nun wie gewohnt »bekämpft« wird. <i>Alexander S. Neu</i> Im Moment sind weltweit mehr als 68 Millionen Menschen auf der Flucht. Dies hat verschiedene Ursachen, aber immer ist es die Angst um die eigene Existenz sowie das Leben und Wohlergehen der engsten Angehörigen, die sie dazu treibt. Niemand gibt sein bisheriges Leben grundlos auf und verlässt freiwillig seine Heimat über oftmals lebensgefährliche Fluchtrouten in eine ungewisse Zukunft, wenn er eine andere Wahl hat. Wer sich zu diesem Schritt entscheidet, ist verzweifelt, hat handfeste Gründe und sonst keine Perspektiven mehr.</p> <p>Zunehmende Verarmung, kaum bis gar keine Bildungschancen, Naturkatastrophen und ökonomische Schocks - all das sind Fluchtursachen.</p> <p style="text-align: center;"><i>...der Rest nur für Abo-Leser!</i></p>	papier
Xx170	<p>01/09/18/jungeWelt- Auf dem Weg zur Rüstungsunion Pesco und die Folgen: Wie Deutschland und Frankreich den Rest der EU unter Druck setzten <i>Jürgen Wagner</i> Wohl zu Recht bezeichnete die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini es als »historischen Moment«, als der Rat der Europäischen Union am 11. Dezember 2017 die »Ständige Strukturierte Zusammenarbeit« (»Permanent Structured Cooperation« – Pesco) auf den Weg brachte. Denn die von Deutschland und Frankreich ausbaldowerte Pesco-Architektur hat das Zeug, die EU endgültig zu einer Rüstungsunion umzubauen.'der Rest nur für Abo-Leser</p>	papier
Xx171	<p>01/09/18/TELEPOLIS- Ist Rassismus oder Ausländergewalt Peter Nowak Die Ereignisse der letzten Woche zeigten auch die fatale Schwäche einer linken Position</p> <p>"Giffey's Besuch führt sie als erstes zu dem Tatort", titelt Die Welt über den Chemnitz-Besuch der Bundesfamilienministerin, die als erstes Mitglied der Bundesregierung in die sächsische Stadt geist</p>	papier

Tr.	DB_044	Aufn.
	<p>ist, seit sie im Brennpunkt steht. Doch was war die Ursache? Und was ist der Tatort?</p> <p>Darüber tobt seit einer Woche der Streit, nicht nur in den Medien und sozialen Netzwerken, sondern auch auf Chemnitz Straßen. Das zeigte sich auch beim Giffey-Besuch: Im Welt-Artikel war der Tatort die Stelle in der Brückenstraße, wo ein Mann nach einer Messerattacke verblutet ist.</p> <p>In anderen Meldungen wurde hervorgehoben, dass die Ministerin die Stadt besuchte, die in den vergangenen Tagen wegen rechter Demonstrationen in die Schlagzeilen geraten ist. Tatsächlich hat sich beides in den letzten Tagen in Chemnitz zugetragen. Doch seit einer Woche tobt der Streit, was das zentrale Problem in Chemnitz ist.</p>	
Xx173	<p>02/09/18/TELEPOLIS- Obszöner Reichtum Die oberen 1000 haben jetzt über eine Billion Euro Wolfgang Pomrehn Das Vermögen der Reichsten wächst immer noch schneller als Löhne und Wirtschaft. Ihr Anteil am Kuchen wird immer größer</p> <p>Die Reichen werden in Deutschland immer reicher. Die Zahl der Millionäre hat in den letzten 15 Jahren um 85.000 zugenommen und liegt jetzt bei 1,4 Millionen, berichtet der Business Insider. Die Zahl der Millionäre steigt also, während die Reallöhne im Durchschnitt eher stagnieren und das Segment der Niedriglöhner wächst und wächst.</p> <p>Am besten lebt es sich derzeit an der Spitze bei den 1000 Reichsten, von denen knapp ein Viertel Milliardäre sind. Deren Vermögen nahm allein im vergangenen Jahr um 13 Prozent zu. 13 Prozent! Wie hoch war noch mal gleich ihre letzte Lohnerhöhung, verehrte Leserin, verehrter Leser?</p>	papier
Xx174	<p>02/09/18/TELEPOLIS- Juchh - Juch! Bummm -Bummm! Rudolf Stumberger</p> <p>Was ist eigentlich, wenn sich Groschenroman und aktuelle Schlagzeilen vermischen? "Sieht nicht danach aus, als ob uns der Iwan so ohne weiteres in die Stadt reinlassen will", kommentierte Eschweg das unausgesetzte Schießen, das von der Spitze der Kolonne zu ihnen herüberdrang." "Litauen sieht konkrete Bedrohung durch Russland" (WAZ 2017). "Über die Russen war jetzt eine wahre Hölle hereingebrochen. Das Feuer von einem Dutzend Maschinengewehren und mehreren Panzerkanonen fuhr in ihre Reihen, riß die erste Welle zu Boden und mähte ohne Gnade auch in die zweite dichtauf folgende hinein." "Bedrohung durch Russland: Europas Straßen sollen panzertauglich werden" (shz 2018).</p> <p>"Der Russe hatte sich wieder einmal entschlossen, zähen Widerstand zu leisten." "Gemeinsame Kritik an Russland: "Es bedroht unser aller Sicherheit ..." (Welt 2018). "Juchh - Juchh - Juch! Bummm - Bummm - Bummm! Die Einschläge der schweren russischen Granatwerfer lagen deckend." "Russland stellt eine existenzielle Bedrohung dar" (Handelsblatt 2018).</p>	papier
Xx175	<p>03/09/18/TELEPOLIS- Nach Sachartschenko-Anschlag Moskau will "Situation analysieren" Peter Mühlbauer</p> <p>Lawrow: "Offene Provokation, um die Minsker Vereinbarungen zu torpedieren" Nachdem am Freitag Aleksandr Sachartschenko, der Präsident der Separatistenrepublik Donezk, zusammen mit seinem Finanzminister Aleksandr Timofejew von einer Bombe zerrissen wurde (vgl. Ukraine: Sachartschenko ermordet), zeigt man sich in Moskau pessimistisch, was den Friedensprozess in der Ostukraine angeht.</p> <p>Der russische Außenminister Sergej Lawrow sprach am Wochenende in Sotschi von einer "offenen Provokation, um die Minsker Vereinbarungen zu torpedieren". Vor einem weiteren Normandie-Treffen zwischen Vertretern Russlands, der Ukraine Frankreichs und Deutschlands müsse nun erst "die Situation analysiert werden". Für den russische Parlamentsvorsitzenden Wjatscheslaw Wolodin sind die Minsker Vereinbarungen nach dem Anschlag sogar "völlig sinnlos" geworden.</p>	papier
Xx176	<p>04/09/18/jungeWelt- Investieren statt ausplündern China-Afrika-Gipfel: Beijing stellt 60 Milliarden Dollar und Schuldenschnitt in Aussicht.</p>	papier

Tr.	DB_044	Aufn.
	China hat mehreren Staaten in Afrika Kredite in Milliardenhöhe und Investitionen zugesagt. Unternehmen und Staatsbanken aus der Volksrepublik werden in den nächsten Jahren zusätzlich 60 Milliarden US-Dollar (51,7 Milliarden Euro) bereitstellen, kündigte Präsident Xi Jinping am Montag zum Auftakt des China-Afrika-Gipfels an. Auch sollen einigen besonders armen Staaten Schulden gestrichen werden.	
Xx177	<p>04/09/18/jungeWelt- Kahlschlag und Misere Eine Partei zwischen Rechtspopulismus und Neofaschismus. Warum wählen Arbeiter die AfD? (Teil I) Von Werner Seppmann Es hat keine fünf Jahre gedauert, bis aus der anfänglichen »Professorenpartei« AfD, entstanden aus einer von »Honoratioren« getragenen Bewegung gegen den Euro bzw. den »Euro-Rettungsschirm«, eine Formation mit politischer Prägestärke geworden ist. Die Partei dürfte mittlerweile die Sozialdemokraten als zweitstärkste politische Kraft in der BRD abgelöst haben. Es wäre jedoch zuviel der Ehre, der AfD zu attestieren, ihr Aufstieg habe das politische Koordinatensystem der BRD durcheinander gewirbelt. Denn tatsächlich sind durch ihren Erfolg nur existierende Tendenzen sichtbar geworden: Der Rechtspopulismus hat vorhandener Fremdenfeindlichkeit und einem nationalistischen »Grundrauschen« einen distinkten Ort gegeben. Die Deutschlandfahnen in den kleinbürgerlichen Vorstadtsiedlungen und auf den Balkonen der Sozialwohnungen sind schon lange vor dem Aufstieg der AfD unübersehbar gewesen.</p> <p>Aus ihrer gemeinsamen Niederlage haben die etablierten Parteien offensichtlich nichts gelernt.</p>	papier
Xx178	<p>04/09/18/jungeWelt- Zwischen den Fronten Ausnahmestadium in Libyens Hauptstadt Tripolis. Von Knut Mellenthin Dutzende Zivilisten bei Gefechten rivalisierender Milizen getötet. In der libyschen Hauptstadt Tripolis wird seit einer Woche wieder gekämpft. Am Sonntag wurde der Ausnahmezustand verhängt. Das Gesundheitsministerium der international anerkannten Regierung gab die Zahl der Getöteten am Montag mit 47 an. Unter den Todesopfern sind nach Informationen von »Human Rights Watch« vom Wochenanfang mindestens 18 Zivilpersonen, davon vier Kinder. Eine nicht genau bekannte, zweifellos hohe Zahl von Menschen ist zwischen den Fronten sich bekämpfender Milizen gefangen. Hilfsorganisationen stehen vor wachsenden Schwierigkeiten, sie mit Lebensmitteln, Wasser, Medikamenten und ärztlichen Dienstleistungen zu versorgen.</p>	papier
Xx179	<p>04/09/18/Telepolis- Nach dem Mord an Sachartschenko rückt das Minsk-Abkommen in weite Ferne Zehntausende nahmen am Sonntag in Donezk von dem ermordeten Aleksandr Sachartschenko Abschied. Moskau hofft, dass die USA auf Kiew disziplinierend wirken Die Anteilnahme der Menschen in Donezk war groß. Zweihunderttausend sollen nach offiziellen Angaben am Sonntag an dem Sarg von Präsident Aleksandr Sachartschenko - Präsident der Volksrepublik Donezk (DNR) - Abschied genommen haben. Viele kamen mit roten Nelken und Rosen und legten sie am Sarg nieder. Sachartschenko fiel am Freitagabend einem Bombenanschlag zum Opfer, bei dem auch sein Leibwächter starb und insgesamt 11 Personen verletzt wurden (Moskau will "Situation analysieren"). Als der Sarg aus dem Opern-Theater getragen wurde, riefen die Menschen "Danke! Danke!" und applaudierten. Ein Mann sagte dem Fernsehkanal Rossiya 24, er verehere Sachartschenko, weil dieser sich auch um einfache Leute wie ihn gekümmert habe. Er habe sich mit einem persönlichen Problem an den Präsidenten wenden können und ihm sei geholfen worden. Eine ältere Frau sagte: "Er war ein großer Mensch, ein Gründer. Wir nannten ihn Vater der Stadt Donezk. Was werden wir ohne ihn machen?" Eine Frau mittleren Alters meinte: "Er war ein Optimist, er hat neues Leben geschaffen." Der Berater des Ermordeten, Aleksandr Kasakow, erklärte in einem Interview: "In normalen Ländern scheitern die Pläne von Terroristen. Statt Chaos, das sie stiften wollen, konsolidiert sich die Gesellschaft." Mit dem Anschlag auf Sachartschenko habe Kiew einen Fehler gemacht: "Sie schufen ein Symbol." Die Soldaten der DNR-würden nun mit noch mehr Mut kämpfen.</p>	papier
Xx180	04/09/18/TELEPOLIS- US-Neocoon bringt Intervention in Venezuela ins Spiel	papier

Tr.	DB_044	Aufn.
	<p>Harald Neuber Senator Rubio: Linksregierter Krisenstaat Gefahr für nationale Sicherheit der USA</p> <p>Hardliner in den USA drängen auf ein militärisches Vorgehen gegen die Regierung des linksgerichteten Präsidenten Nicolás Maduro in Venezuela. So berichteten US-Medien unlängst über ein Treffen des US-Senators Marco Rubio von der Republikanischen Partei mit dem Sicherheitsberater von Präsident Trump, John Bolton. Dabei sprach sich Rubio, ein entschiedener Gegner der lateinamerikanischen Linken, für eine Militärintervention in Venezuela aus. Die Regierung in Caracas, so Rubio, sei zu einer Bedrohung der nationalen Sicherheit der USA geworden.</p> <p>"Ich habe mich über Monate und Jahre dafür ausgesprochen, dass es in Venezuela zu einer nicht-militärischen und friedlichen Lösung kommt", sagte der Neokonservative Rubio, der als Kind kubanischer Exilanten in den USA geboren wurde. Es gehe ihm darum, die Demokratie in Venezuela wieder herzustellen, auch angesichts der Entmachtung der oppositionell dominierten Nationalversammlung. ...</p>	
	Xx183_frei	
Xx184	<p>06/09/18/jungeWelt- Am Tisch der Herrschenden</p> <p>Wie die Partei Die Linke für die »Israel-Solidarität« friedenspolitische und andere sozialistische Grundsätze über den Jordan gehen lässt Von Susann Witt-Stahl</p> <p>Seit vergangener Woche ist es amtlich. In einem von der Linkspartei mitregierten Bundesland werden Gegner der israelischen Rechtsregierung, darunter auch jüdische Linke, mit Neonazis auf eine Stufe gestellt: vom Unterstützer der Kampagne »Boycott, Divestment, Sanctions« (BDS) bis zum propalästinensischen Antiimperialisten – laut dem Berliner Verfassungsschutzbericht 2017 sind das »Antisemiten«, deren Wurzeln sich nicht zuletzt in den »marxistischen Klassikern« und der Arbeiterbewegung fänden.</p> <p>Zur deutschen Staatsräson und »israel-solidarisch« in Stellung gebracht wird Die Linke auf allen Ebenen. Zwar bedachte der Vorstand der Bundestagsfraktion den kürzlich verstorbenen Friedenskämpfer Uri Avnery mit einem Nachruf, aber halten tut er es objektiv schon lange mit dessen Todfeind: Einer »ekelhaften« israelischen Regierung, die keinen Frieden wolle und für die ein Palästinenserstaat als Nachbar »total undenkbar« ist, musste Avnery noch im Juni in Deutschland erklären, was in Israel seit Jahren als unveränderbare Tatsache gilt. Um so eifriger streitet Die Linke für das »Existenzrecht« eines Davids, der dieses Recht schon seit 70 Jahren als bis an die Zähne bewaffneter Goliath exekutiert. Die Existenz der entrechteten Palästinenser hingegen, die mittlerweile von hegemonialen Strömungen in der Linken, zum Zweck der ideologischen Rechtfertigung israelischer Schießbefehle, als »Terroristen« stigmatisiert werden, kümmert sie, ganz auf Linie der Bundesregierung, immer weniger. Die Emanzipatorische Linke (Ema.Li) von Linke-Kocheffin Katja Kipping hat sich längst den Schlachtruf der rechtszionistischen Pro-Krieg-Ultras »Free Gaza from Hamas!« zu eigen gemacht. ...</p>	papier
Xx185	<p>06/09/18/jungeWelt- Einige würden lieber Fahrräder bauen</p> <p>Protest gegen Rüstungsschmiede Rheinmetall:</p> <p>Antikriegscamp in Unterlüß ging am Dienstag zu Ende. Gespräch mit Matthias Gerhard</p> <p>Interview: Jan Greve</p> <p>Fast eine Woche lang fand ein Antikriegscamp unter dem Motto »Rheinmetall entwaffnen« im niedersächsischen Unterlüß bei Celle statt. Warum dort?</p> <p>Die Heide ist eine relativ stark militariserte Region. Es gibt dort beispielsweise Militärstützpunkte und Truppenübungsplätze. Unterlüß sticht da noch heraus: Zum einen gibt es den großen Produktionsstandort des Rüstungskonzerns Rheinmetall, zum anderen das größte private Test- und Schießgelände Europas. Wer sich hier in der Gegend bewegt, kann den Kriegssound hören – Geschützlärm ist hier normal.</p> <p>Am Dienstag ist das Camp zu Ende gegangen. Wie fällt das Fazit aus?</p> <p>Wir sind ziemlich zufrieden, was Programm und Beteiligung betrifft – auch, wenn wir sicher noch Kapazitäten für mehr Teilnehmer gehabt hätten. Wir haben mit über 500 Leuten eine gute</p>	papier

Tr.	DB_044	Aufn.
	Demonstration am Sonntag gehabt, trotz der vielen Aktionen etwa in Chemnitz oder im Rahmen der Seebrücke-Bewegung. Uns ist es letztlich egal, auf welche Demonstration die Leute gehen. Es gibt viele Anknüpfungspunkte der dortigen Proteste zu unserem Anliegen. ...	
Xx186	<p>06/09/18/jungeWelt- Polizei macht Kleinholz</p> <p>Staatsmacht rückt kurz vor geplanter Demonstration in den Hambacher Forst vor. RWE setzt offenbar auf kurzfristige Räumung Von Wolfgang Pomrehn</p> <p>Ist das nun schon die Räumung oder nur die nächste Drehung an der Eskalationsschraube? Am Mittwoch morgen rückte ein Aufgebot von 300 Polizisten in den Hambacher Forst vor. Der rund 200 Hektar große Wald westlich von Köln ist dem Tagebau Hambach, den der Energiekonzern RWE unbedingt ausweiten möchte, im Wege. Hier sollen Entscheidungen fallen, noch während in Berlin Gewerkschaften, Umweltschützer, Konzernvertreter, Regionalpolitiker und Anwohnervereiner über den Ausstieg aus der Kohle beraten. Der sollte eigentlich, so hatte es die Bundesregierung versprochen, im gesellschaftlichen Konsens erreicht werden. ...</p>	papier
Xx187	<p>06/09/18/jungeWelt- Staat über Jahre geprellt</p> <p>Steuerfahnder verstärken Ermittlungen wegen Cum-ex-Finanzgeschäften.</p> <p>Fiskus könnten zehn Milliarden Euro entgangen sein Von Ralf Wurzbacher</p> <p>Die Ermittlungen zu milliardenschweren Betrügereien mit sogenannten Cum-ex-Geschäften wurden nochmals ausgeweitet. Wie die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main am Dienstag mitteilte, gehen die Strafverfolger inzwischen in sieben Verfahrenskomplexen dem Verdacht der Steuerhinterziehung durch Tricks mit Dividendenpapieren nach – Ende der Vorwoche war noch von sechs die Rede. Bei dem neuen Fall stehe man noch am Anfang, allerdings liege ein Schaden in Höhe von sicherlich mehr als zehn Millionen Euro vor, erklärte ein Behördensprecher. Zu beteiligten Personen und Finanzinstituten machte er aus polizeitaktischen Gründen keine Angaben. ...</p>	papier
Xx188	<p>06/09/18/TELEPOLIS-Debatte um Opt-Out-Umstellung bei Organspenden</p> <p>Bundestag soll ohne Fraktionszwang abstimmen Peter Mühlbauer</p> <p>Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hat der <i>Bild</i>-Zeitung offenbart, dass er für eine Umstellung des Organspendeverfahrens auf eine so genannte "doppelte Widerspruchslösung" ist, weil in Deutschland über 10.000 Personen auf ein Spenderorgan warteten, von denen täglich drei sterben. Durch diese doppelte Widerspruchslösung soll die Zahl der Organspender von bislang 36 deutlich steigen.</p> <p>Konkret würde sie bedeuten, dass jeder Deutsche automatisch als Organspender gilt, so lange er nicht explizit widerspricht. Nach seinem Tod geht das Widerspruchsrecht an seine Angehörigen über, die ebenfalls ein Veto einlegen können. Bislang ist es umgekehrt: Organe von Toten werden nur dann medizinisch genutzt, wenn jemand in einem Organspendeausweis ausdrücklich zugestimmt hat oder wenn seine Angehörigen explizit einwilligen. ...</p>	papier
Xx189	<p>06/09/18/ndr-info- Verbot autonomer Waffen ohne Chance?</p> <p>Die Technologie schreitet rasant voran. Durch den Einsatz von Sensoren und Software ist es möglich, eine Vielzahl von Informationen nach bestimmten Kriterien zu filtern und auszuwerten. Das hat auch Folgen für die Waffentechnologie. Kritiker warnen inzwischen vor der Entwicklung von Killerrobotern. Also Systemen wie beispielsweise bewaffnete Drohnen, die ihre Ziele selbst suchen und anschließend selbstständig bekämpfen, ohne die letzte Entscheidung von Menschen. ...</p>	papier
Xx190	<p>07/09/18/28MB/ndrinfo- Streitkräfte + Strategien</p> <p>>Nach Genfer UN-Konferenz – Beratungen über Verbot autonomer Waffen in der Sackgasse. Interview mit Dr. Frank Sauer, Bundeswehr-Universität München</p> <p>>Mehr Soldaten statt Diplomaten - US-Engagement in Afrika</p> <p>>Eiszeit zwischen Russland und dem Westen – Kommt man über Rüstungskontrolle wieder ins Gespräch?</p>	30:00
Xx192	<p>07/09/18/TELEPOLIS-Was hat Chemnitz mit "Teile und Herrsche" zu tun?</p> <p>Jochen Mitschka</p>	papier

Tr.	DB_044	Aufn.
	<p>Oder wie die Linke sich zum willigen Werkzeug des Establishments machen ließ.</p> <p>In Chemnitz gab es ein Tötungsdelikt durch Ausländer, daraufhin unschöne Szene von Rechtsradikalen, dann wollte die AfD daraus Nutzen ziehen, dagegen formierte sich eine Gegenbewegung, die sich in Hysterie steigerte und schließlich, Mission erfüllt, sprach niemand mehr über das Versagen der Regierung, dabei war das Versagen so eklatant, dass man es kaum niederschreiben mag.</p> <p>Jeder wird die Berichte über Chemnitz verfolgt haben. Daher nur eine Kurzversion: In Deutschland war ein junger Mann erstochen worden, zwei Ausländer wurden wegen des Tötungsdeliktes festgenommen. Was folgte, waren die Bilder einer rechten Demo mit "Ausländer raus"-Rufen, die gespenstisch genug waren. Offensichtlich wurde auch der Hitlergruß gezeigt und Heil Hitler gerufen, wobei man nur hoffen kann, dass diese Nazis durch die Strafverfolgungsbehörden aus dem Verkehr gezogen werden. Dummerweise wurde ungefähr zeitgleich bekannt, dass V-Leuten der Geheimdienste und der Polizei nun erlaubt sein soll, sich "szenetypisch" zu verhalten, ohne Gefahr zu laufen, von einer Strafverfolgung behelligt zu werden, was wilden Verschwörungstheorien Tür und Tor öffnete. ...</p>	
Xx193	<p>08/09/18/jungeWelt- RWE hat ›rote Linie‹ überschritten Anspannung im Hambacher Forst: Erster Baum wurde gefällt. Aufruf zum Widerstand von Waldbesetzern. Ein Gespräch mit Karolina Drzewo Interview: Gitta Düperthal Der Kohlekonzern RWE hat gegenüber dem Oberverwaltungsgericht in Münster eine sogenannte Stillhaltezusage abgegeben. Bis zur Entscheidung über eine Klage gegen die Rodung im Hambacher Forst sollen die Motorsägen stillstehen, längstens aber bis zum 14. Oktober, hieß es am Donnerstag. Gehen Polizeibeamte und RWE-Mitarbeiter trotzdem weiterhin gegen die Waldbesetzer vor?</p> <p>RWE hat in der Tat zugesagt, die Rodungsarbeiten zu verzögern. Trotzdem besteht der Konzern darauf, die Waldbesetzung zu beenden. Mitarbeiter haben bereits Schäden im Forst angerichtet, was wir als Beginn der Rodung werten. Nach wochenlangen Polizeieinsätzen gegen die Umweltschützer wurde am Donnerstag der erste Baum gefällt und zugleich die Plattform eines Baumhauses zerstört. Deshalb haben wir – wie von uns angekündigt – den »Tag X« ausgerufen. Das bedeutet: Wir mobilisieren ab jetzt zum Widerstand, um uns einer Räumung in den Weg zu stellen. Die Bewegung für Klimagerechtigkeit setzt sich geeint dafür ein. ...</p>	papier
Xx194	<p>09/09/18/TELEPOLIS- Two Riders were approaching: Der Anfang vom Ende der deutschen Medien Wolf Reiser Es gehört zum Komplettersagen der Linken, dass sie sich die Sache mit der Lügenpresse von den Dumpfbacken der Pegida aus der Hand nehmen ließ</p> <p>Seit dem experimentellen Kosovo-Fake haben sich "unsere" Medien von ihrer grundsätzlichen Funktion verabschiedet und sich schrittweise von ihrer Existenzberechtigung befreit. Wer die "Arbeit" der öffentlich-rechtlichen Sender und der "führenden" Tageszeitungen&Magazine über den Zeitraum 1990- 2018 verfolgen konnte oder musste und noch einen Funken historisches Bewusstsein in sich trägt, weiß ...</p> <p>Menschen, die in diesem frühen September 2018 in meinem Schwabinger Kaffeehaus nach wenigen Minuten eines Leseversuchs ihre einst so geliebte SZ zu Seite legen, fragen mich immer wieder - da sie gehört haben, dass ich für eine sehr lange Zeit für viele nennenswerte Printorgane gearbeitet habe, was eigentlich aus uns Journalisten geworden ist, wann das "irgendwie" alles begann mit dem sittlichen Zerfall und ob sich die Branche irgendwann einmal wieder von dieser Implosion erholen wird und ob das eine Delle ist oder eine Art Grippe, wie Aids halt und man das wieder in den Griff bekommt. ...</p>	papier
Xx195	<p>09/09/18/25MB/swr2-wissen-aula- Stillstand die Krise der deutschen Philosophie von Wolfgang Eilenberger Staunen, querdenken, kritisieren - diese ureigenen Impulse scheinen der Philosophie in Deutschland abhanden gekommen</p>	28:00

Tr.	DB_044	Aufn.
	<p style="background-color: #ff0000; color: white; padding: 2px;">swr2 nixmehr .pdf kopieren!</p>	
Xx196	<p>10/09/18/TELEPOLIS- Deutschland, der verbotene Angriffskrieg und die "Schutzverantwortung" Jochen Mitschka Die deutsche Verteidigungsministerin von der Leyen erwägt einen Kampfeinsatz gegen Syrien, sollte "das Regime" Giftgas einsetzen</p> <p>Artikel 26 Abs. 1 des Grundgesetzes verbietet die Vorbereitung eines Angriffskrieges. Der Konsens in der Gesellschaft nach dem 2. Weltkrieg lautete: Von deutschem Boden soll kein Krieg mehr ausgehen. Trotzdem hat sich Deutschland unter anderem nicht nur am Angriffskrieg gegen Jugoslawien, sondern auch unterstützend an den Kriegen gegen den Irak und nun gegen Syrien mit Aufklärungsflügen beteiligt. Inzwischen wurde der §80 StGB, der ein Strafmaß im Fall der Verletzung dieses Grundgesetzartikels vorsieht, gestrichen und durch eine "Harmonisierung mit EU Recht" ersetzt (§ 80 StGB "Vorbereitung eines Angriffskriegs" ist seit 1. Januar 2017 gestrichen). Mit anderen Worten ersatzlos gestrichen. ...</p>	papier
Xx197	<p>10/09/18/TELEPOLIS- Schönes neues Geld kommt die totalitäre Weltwährung? Jörg Gastmann Norbert Häring erläutert Pläne, Akteure, Umsetzungsstrategien und Konsequenzen einer Bargeldabschaffung. Von der finanziellen Totalüberwachung bis zu Möglichkeiten des Widerstands.</p> <p>Herr Häring, vor 2 Jahren veröffentlichten Sie Ihr Buch "Die Abschaffung des Bargelds und die Folgen". Warum legen Sie mit "Schönes neues Geld" so schnell zum gleichen Thema nach? Ist das allgemeine Problembewusstsein noch nicht groß genug, oder kommen die Einschläge näher? Norbert Häring: Als ich das Manuskript für "Die Abschaffung des Bargelds" Ende 2015 abschloss, hatte die Kampagne Deutschland noch gar nicht erkennbar erreicht. Ich schrieb über die starken Indizien aus dem Ausland, dass es eine solche Kampagne gab, und darüber, warum diese gefährlich für uns wäre. Noch vor Erscheinen des Buches sagte dann der Deutsche-Bank-Chef das baldige Ende des Bargelds voraus, forderte das Finanzministerium eine Barzahlungsobergrenze für Europa und die SPD-Fraktion zusätzlich das Ende für den 500-Euro-Schein.</p> <p>Ich habe weiterrecherchiert, und das, was ich herausfand, war zu tiefgreifend und umfassend, als dass ich dem auf meinem Blog hätte gerecht werden können. Das ging nur in Buchform. Darin steht nun unter anderem, wer diese Kampagne von den USA aus koordiniert, welche Erscheinungsformen diese Kampagne hat und in welcher Weise die Bundesregierung, die Bundesbank und die Europäische Zentralbank darin eingebunden sind - wenn auch zum Teil etwas widerwillig.</p> <p>Aus Sicht der Bürger: Welche Vorteile des Bargelds könnten durch dessen Abschaffung verloren gehen? Norbert Häring: Der bargeldlose Zahlungsverkehr wird praktisch lückenlos aufgezeichnet, gespeichert und analysiert. Wenn wir nur noch digital bezahlen können gibt es ein praktisch lückenloses zentrales Bewegungs- und Tätigkeitsprofil von uns. Buchgeld kann jederzeit blockiert und eingefroren werden, wie zum Beispiel die Iraner derzeit merken. Sie wollen ihr rechtmäßig erworbenes Buchgeld bei der Bundesbank als Bargeld ausgezahlt haben und bekamen es nicht. Wenn es kein Bargeld mehr gibt, können die Banken Negativzinsen auch von zwei, drei oder fünf Prozent an ihre Einlagenkunden weitergeben. So können sie leicht auf Kosten der Einleger saniert werden, wenn sie sich mal wieder verzockt haben. Wer am Rande der Gesellschaft lebt, keine Plastikkarten und keine Lesegeräte hat, kann mit Bargeld trotzdem als Käufer oder Verkäufer am Wirtschaftsleben teilnehmen. Und Bargeld kostet ihn oder sie nichts.</p> <p>Umgekehrt ausgedrückt: Die Finanzbranche verdient nichts daran. Das sind nur die wichtigsten Vorteile von Bargeld, es gibt einige mehr. Aber ich will damit nicht generell digitale Bezahlverfahren schlechttreden. Auch sie haben Vorteile. Mir geht es darum, uns die Option des Barzahlens zu erhalten.</p> <p>....</p>	papier
Xx198	<p>10/09/18/TELEPOLIS- US-Sicherheitsberater Bolton droht dem Internationalen Strafgerichtshof Florian Rötzer Man werde "mit allen Mitteln" gegen den ICC vorgehen, sollte er Ermittlungen gegen Kriegsverbrechen von Amerikanern in Afghanistan einleiten</p>	papier

Tr.	DB_044	Aufn.
	<p>Die zuständige Staatsanwältin am Internationalen Strafgerichtshof, Fatou Bensouda, hat im November 2017 den Antrag gestellt, eine Ermittlung wegen angeblicher Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit einzuleiten, die in Afghanistan seit 1. Mai 2003 begangen wurden. Bis Februar wurden Berichte von 699 Opfer gesammelt und dem Gericht in einem Bericht vorgelegt. Beschuldigt werden die Taliban, die afghanischen Sicherheitskräfte, aber auch die CIA wegen Folter und Verschleppungen in Geheimgefängnissen. ...</p>	
Xx199	<p>10/09/18/TELEPOLIS- Debatte um mögliche Einbindung der Bundeswehr in Syrien-Angriffe Kliver Medienbericht über US-Anfrage für "Vergeltungsmaßnahmen" in Syrien Das Verteidigungsministerium prüft nach einem Medienbericht die Beteiligung an sogenannten Vergeltungsmaßnahmen von Nato-Staaten, sollte es in Syrien nach Ansicht westlicher Staaten zu einem Einsatz mit chemischen Kampfstoffen durch die syrische Armee kommen. Eine entsprechende Anfrage sei dem Ministerium unter Leitung der CDU-Politikerin Ursula von der Leyen aus den USA zugegangen, berichtet die BILD-Zeitung. Im Verteidigungsministerium prüfe man derzeit, inwiefern sich die Bundeswehr in diesem Fall an Angriffen der Allianz der USA sowie Großbritanniens und Frankreichs beteiligen kann, schreibt das Springer-Blatt heute. ...</p>	papier
Xx200	<p>10/09/18/ Buchtipps: Die den Sturm ernten Wie der Westen Syrien ins Chaos stürzte (Beck Paperback) Kindle Edition von Michael Lüders Wo liegen die Wurzeln der syrischen Katastrophe? Das gängige Bild sieht die Schuld einseitig bei Assad und seinen Verbündeten, insbesondere Russland. Dass auch der Westen einen erheblichen Anteil an Mitschuld trägt, ist kaum zu hören oder zu lesen. Michael Lüders erzählt den fehlenden Teil der Geschichte, der alles in einem anderen Licht erscheinen lässt. Anhand von freigegebenen Geheimdienstdokumenten und geleakten Emails von Entscheidungsträgern zeigt er, wie und warum die USA und ihre Verbündeten seit Beginn der Revolte ausgerechnet Dschihadisten mit Waffen beliefern - in einem Umfang wie seit dem Ende des Vietnamkrieges nicht mehr. Dadurch haben sie die innersyrische Gewalt ebenso befeuert wie auch den Stellvertreterkrieg zwischen den USA und Russland. Eindringlich beschreibt Lüders, wie insbesondere Washington schon seit langem nur auf eine günstige Gelegenheit wartete, das Assad-Regime zu stürzen. Dabei behandelt er auch frühere amerikanische Putschversuche in Syrien in den 1940er und 1950er Jahren, die fehlschlugen und erklären, warum sich Damaskus der Sowjetunion zuwandte. Die Kehrseite dieser Politik des Regimewechsels erlebt gegenwärtig vor allem Europa: mit der Flüchtlingskrise und einer erhöhten Terrorgefahr durch radikale Islamisten</p>	papier
xyz	<p>Xx202_11/09/18/ german-foreign-policy- 17 Jahre "Anti-Terror-Krieg" sehr sehr wichtig! BERLIN/WASHINGTON (Eigener Bericht) - 17 Jahre nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 dringen Berliner Regierungsberater auf die Überprüfung des fortdauernden "Anti-Terror-Kriegs". Nach den Anschlägen seien in den westlichen Staaten im Namen des "Anti-Terror-Kriegs" zahlreiche Maßnahmen wie "Inhaftierungen ohne Gerichtsurteil" oder die massenhafte "anlasslose Überwachung" eingeführt worden, die damals scharf kritisiert wurden, heißt es in einer aktuellen Studie der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Viele der Maßnahmen würden bis heute durchgeführt; die Kritik daran sei allerdings weitgehend verstummt, obwohl sie eine "systematische Aushöhlung von Menschen- und Bürgerrechten" mit sich brächten. Der Vorwurf trifft auch Deutschland. Die Bundesrepublik verschärft im Namen des "Anti-Terror-Kriegs" die innere Repression und ist Standort für den US-Drohnenkrieg, in dem Verdächtige ohne Gerichtsurteil ermordet werden. Politiker, die ab 2001 in die Verschleppung Verdächtiger in CIA-Foltergefängnisse involviert waren, haben staatliche Spitzenposten inne. ...</p>	papier
Xx203	<p>11/09/18/jungeWelt- Es hört niemals auf Disruptiver (ablösender, zerschlagender) Angriff des Kapitals. Von Marcus Schwarzbach Wie Unternehmen die Arbeitswelt durch die Digitalisierung verändern Die neue Technik ist in den Betrieben angekommen. Bei der Drogeriekette dm arbeiten Beschäftigte</p>	papier

Tr.	DB_044	Aufn.
	<p>mit Smartphones. Detaillierte Fragen zum Sortiment oder zu Inhaltsstoffen können so in den Filialen sofort beantwortet werden. Das hat Auswirkungen auf die Arbeitsweise und die Kommunikation mit Kunden. Martin Dallmeier, dm-Geschäftsführer, verkündet sogar: »Wir tragen die Digitalisierung in die breite Bevölkerung, um die Gesellschaft auf den Wandel vorzubereiten.«¹ Die technischen Neuerungen werden mit positiven Begriffen versehen, sie sollen die Modernität der Unternehmen anzeigen.</p> <p>Welche Risiken aus Sicht der Beschäftigten damit verbunden sein können, spielt in den Medienberichten keine Rolle. Durch den Einsatz von Smartphones sind die Beschäftigten jederzeit zu orten. Problemlos kann ermittelt werden, wann sich welcher Beschäftigte wo befand, wer sich wie lange im Lager oder an der Kasse aufhielt. Ein auf Grundlage solcher Daten erstellter »Performance-Index« kann Angestellte zur Angabe zwingen, warum sie im Lagerbereich länger gebraucht haben als der Durchschnitt der Kollegen. Die neue Technik eignet sich ideal zur Arbeitssteuerung: Mit Hilfe statistischer Erhebungen und Vorhersagen des Arbeitsbedarfs und des Kundenverhaltens kann das benötigte Arbeitsvolumen errechnet werden, um Personalkapazitäten, Dienstpläne und die Verteilung der Arbeitszeiten bis hin zur Lage der Pausen zu regulieren. Derzeit entscheidet sich in den Betrieben, wie die digitale Arbeitswelt aussehen soll. ...</p>	
Xx204	<p>11/09/18/jungeWelt- Vereint gegen Syrien Kriegspläne der Anti-Assad-Front: Bundeswehr-»Tornados« sollen auf US-Wunsch hin mitbomben. Die Folgen wären verheerend Von Jörg Kronauer Die Bundesregierung prüft eine Teilnahme der Bundeswehr an militärischen Angriffen auf Syrien. Wie <i>Bild</i> am Montag berichtete, geht es dabei um die Bombardierung von Infrastruktur der syrischen Streitkräfte, wie sie die USA, Großbritannien und Frankreich für den Fall ankündigten, dass syrische Einheiten in Idlib Giftgas einsetzen. Eine entsprechende Anfrage sei im Bundeskanzleramt eingegangen und bereits Gegenstand mehrerer Gesprächsrunden im Verteidigungsministerium gewesen, schreibt das Springer-Blatt. Demnach stehen nicht nur vorbereitende Aufklärungsflüge deutscher »Tornados« oder eine nachbereitende Schadensanalyse (»Battle Damage Assessment«) zur Debatte, sondern auch eigene Bombardements. In die Überlegungen einbezogen werde die Option, so heißt es, die erforderliche Vorabzustimmung des Bundestags nicht einzuholen – wegen Zeitdrucks. Das Parlament solle einen möglichen Angriff statt dessen nachträglich absegnen, so <i>Bild</i>. ...</p>	papier
Xx205	<p>11/09/18/ TELEPOLIS- Die libysche Lektion: Mit Milizen ist kein Staat zu machen Machtkämpfe in Tripolis und das Fehlen von Kontrolle und Abrüstungsmöglichkeiten In Libyen kann man Enttäuschungen studieren, die man sich in Syrien besser erspart. Die Desillusionierungen sind mit dem Glauben verbunden, dass Milizen Machtinstrumente wären, über die man verfügen kann. Wer glaubt, dass Hayat Tahrir al-Scham, Ahrar al-Sham, Failaq al-Scham, Jaish al-Islam bzw. Allianzen aus Milizen, die allesamt für eine autoritäre islamistische Staatsform eintreten, sich später nach Erlangung von militärischen Erfolgen kontrollieren oder lenken lassen, der schaue sich die Lage in Tripolis an.</p>	papier
Xx206	<p>12/09/18/ jungeWelt Die Akte Rose Vor Oury Jalloh starben bereits zwei weitere Männer im Polizeirevier Dessau. Über das erste Opfer war bislang wenig bekannt. Eine Spurensuche Von Susan Bonath Hans Jürgen Rose stirbt 1997 an schwersten inneren Verletzungen, Mario Bichtemann fünf Jahre später an einem Schädelbruch, und 2005 verbrennt der gefesselte Oury Jalloh bis zur Unkenntlichkeit in seiner Zelle: Die Serie nie aufgeklärter Todesfälle im Polizeirevier Dessau ist einer der größten Justizskandale und Zeugnis mörderischen Korpsgeistes. Im Fall Jalloh verwarf Oberstaatsanwalt Folker Bittmann erst kurz vor seiner Pensionierung und nach einem Brandversuch die Selbstmordthese. Mehr noch: Die Verbrennung Jallohs sei wohl nur die Spitze des Eisbergs, vermerkte er im April 2017. Polizisten hätten damit mutmaßlich nicht nur Spuren im Fall Jalloh verwischt, sondern ein Wiederaufrollen der früheren Todesfälle verhindern wollen. Eine exklusive Recherche von <i>jW</i> zum Fall Hans Jürgen Rose dokumentiert deren Umstände.</p>	papier

Tr.	DB_044	Aufn.
Xx207	<p>12/09/18/TELEPOLIS- Das Gesetz des Stärkeren</p> <p>Die Renaissance der Antike, verkündet durch John Bolton gegen den Internationalen Strafgerichtshof Ein Kommentar Jochen Mitschka</p> <p>Die USA haben bereits einmal gedroht, Den Haag zu überfallen, sollte ein US-Bürger vor dem Internationalen Strafgericht für Verbrechen zur Verantwortung gezogen werden. Aber das ist schon eine Weile her. In der Zwischenzeit hat sich das Land schon mal als immun gegen ein Urteil erklärt, vermied es aber, das Gericht grundsätzlich abzulehnen, da man es für die Vernichtung politischer Gegner noch sehr nützlich fand. Aber mit der neuesten Äußerung von Sicherheitsberater Bolton, zerfällt der letzte Schein von Rechtsstaatlichkeit auf internationaler Ebene. Es gilt wieder das "Naturrecht", also das Recht des Stärkeren, das die Welt seit Urzeiten bestimmt. Aufklärung, Humanismus, UNO und Völkerrecht werden entlarvt als Potemkinsche Dörfer. " ...</p>	papier
Xx208	<p>12/09/18/TELEPOLIS- Syrien: Niederlande beendet Unterstützung der Weißhelme und der bewaffneten Opposition Florian Rötzer</p> <p>Unterstützt wurde auch eine Gruppe, deren Mitglieder in den Niederlanden als Dschihadisten verfolgt werden, als intransparent werden die Weißhelme bezeichnet</p> <p>Wie es so geht, wenn Regierungen in einer komplizierten Lage auf eine Schwarz-Weiß-Logik verfallen und den Feind des Feindes zum Freund oder Verbündeten machen, zeigt die niederländische Regierung. Sie hat in Syrien, weil man in der EU, in der Nato und in den USA die Assad-Regierung, die von Russland und Iran unterstützt werden, bekämpft, auf Gruppen der bewaffneten Opposition gesetzt und deren Kampf mit Millionen Euro unterstützt. Natürlich, so wurde vorgegeben, half man nur "gemäßigten" Oppositionsgruppen, die es aber seit Jahren kaum mehr gibt. ...</p>	papier
xyz	Xx209_12/09/18/german-foreign-policy- Aggressionsverbrechen gegen Syrien-	
xyz	Xx210_12/09/18/german-foreign-policy- Strafbar im Sinne des Völkerrechts	
	<p>22/07/18/BR2-ZFG „Wir müssen unsere Frauen schützen“ Wie sich eine rechtsextreme Narration den Weg in den Mainstream bahnt</p> <p>„Wir müssen unsere Frauen schützen.“ Mit kaum einem anderen Thema erlangt die extreme Rechte mehr Aufmerksamkeit. Als vermeintliche Schutzmacht der Frauen gibt sie sich anschlussfähig an den Mainstream. Warum ist dieses Narrativ so erfolgreich?</p> <p>Von: Sebastian Dörfler</p> <p>Von Köln über Kandel bis hin zu dem Mord an Susanna F.: Die extreme Rechte nutzt jeden konkreten Anlass – und noch viel mehr erfundene – um über Mahnwachen, Demonstrationen oder Hashtag-Kampagnen gegen die angeblich totale Bedrohung durch „den Islam“ und „fremde Männer“ zu mobilisieren.</p> <p>Und es wirkt. Das Narrativ treibt Nachrichtenmagazine, Talkrunden und die Politik um. In der Verknüpfung mit Geschlechterbildern wird Rassismus salonfähig. „Narrative – also Erzählungen – stellen eine emotionale Verknüpfung her. Das ist viel effektiver, als wenn man den Leuten Aufforderungen oder Fakten gibt. Wenn man es schafft, durch ein Narrativ, einem Ereignis eine emotionale Bindung zu geben und in eine größere Weltbild mit einzuordnen, dann führt das dazu, dass das die Leute in den sozialen Medien einfach schnell teilen - ohne darüber nachzudenken“, so Miro Dittrich, der für die Amadeu Antonio Stiftung die Online-Aktivitäten der rechten Szene beobachtet.</p> <p>Frauenrechte spielen nur eine Rolle, wenn es um Täter mit ausländischem Pass geht</p> <p>Wer genauer hinsieht, merkt schnell, dass Frauenrechte in der extremen Rechten nur eine Rolle</p>	

Tr.	DB_044	Aufn.
	<p>spielen, wenn die Täter einen ausländischen Pass haben. Je deutlicher der Rassismus in der Szene, desto klarer auch die Rollenvorstellungen über Mann und Frau. Es gibt einen Zusammenhang zwischen der Beschwörung von Gefahren durch fremde Männer - und den eigenen Geschlechterbildern. Nur: wenn der Sexismus in der rechten Szene selbst so allgegenwärtig ist - warum machen Frauen dann überhaupt mit?</p> <p>Frauen können frauenfeindliche und homophobe Politiken mittragen</p> <p>„Frauen können frauenfeindliche und homophobe Politiken mittragen. Wenn ich als Homosexueller in Deutschland lebe, heißt das nicht, dass ich automatisch Empathie für andere Menschen mit Diskriminierungserfahrungen entwickle“, erklärt Juliane Lang, die an der Universität Marburg über Geschlechterrollen forscht. Frauen sind nicht weniger rassistisch als Männer. Und wo sie können, engagieren sie sich in rechten Organisation, Parteien oder auf Demonstrationen wie dem „Frauenmarsch“ in Berlin. Es ist vor allem das Feindbild Islam, dank dessen sich die rechte Szene als Schutzmacht von Frauen und Minderheiten inszenieren und interne Widersprüche kitten kann.</p> <p>Für die, die sich auf die Bedrohung „fremder Männer“ einschließen, gibt es meist noch eine zweite Bedrohung, die eher von Innen kommt: „Der Feminismus“, der angeblich die Familie und die gewohnten Geschlechterrollen bedroht. Andreas Peham, Rechtsextremismus- und Antisemitismusforscher am Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes: „Vor allem die Geschlechtervorstellungen zeigen, wie eng Rechtsextremismus und Konservatismus zusammenhängen. Rechtsextreme begründen die gesellschaftlichen Rollen für Mann und Frau biologisch und reden von der Familie als ‚Keimzelle der Gesellschaft‘. Aber damit unterstreichen sie nur, was konservativer Mainstream ist.“</p> <p>Wer etwas gegen Rechtsextremismus tun will, muss auch etwas gegen altbackene Rollenbilder tun</p> <p>Die extreme Rechte kommt demnach nicht vom Rand der Gesellschaft. Im Kern naturalisiert und übertreibt sie gesellschaftliche Normvorstellungen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des „Frauenmarschs“ oder anderer Demos leisten keinen „Widerstand“, wie sie skandieren. Sie ordnen sich ein. Als Mann, als Frau, als Deutsche. Wer andere abwertet und ausgrenzt, sichert die eigene Stellung in der Gesellschaft ab – und taucht dabei die eigene Lebensweise in ein neues Licht: Denn hier, in Deutschland, in Bayern, war alles gut, ein Paradies - bis „die anderen“ kamen.</p> <p>Literaturtipps:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Amadeu Antonio Stiftung: Toxische Narrative. Monitoring rechts-alternativer Akteure. www.amadeu-antonio-stiftung.de, 2017 (PDF) (https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/publikationen/monitoring-2017.pdf) - Juliane Lang, Ulrich Peters (Hg.): Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt. Marta Press, 2018 - Andreas Peham: Rechtsextremismus als politische und pädagogische Herausforderung. www.doew.at (PDF) (http://www.doew.at/cms/download/5gm50/peham_rechtsextremismus_paedagogik.pdf) - Annita Kalpaka, Nora Rätzzel, Klaus Weber (Hg.): Rassismus. Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein. Argument Verlag, 2017 	
	<p>07/09/18/swr2 Aula: Stillstand. Die Krise der deutschen Philosophie</p> <p>Staunen, querdenken, kritisieren - diese ureigenen Impulse scheinen der Philosophie in Deutschland abhanden gekommen. Seit Jahrzehnten dümpelt sie vor sich hin, ohne Esprit oder herausragende Köpfe. Das behauptet der Philosoph, Buchautor und Journalist Wolfram Eilenberger.</p>	27:13